

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindemann, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1211. — Für die Redaktion 1547, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 641. Postzustellungsliste 1. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postung 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Bei den Abbestellern vom Beginn und bei Ausbestellern vierjährlich 11.50 Mk., monatlich 3.85 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 25 Pf. Anzeigengebühr: die angegebene Normalzeile 1.00 Mk. im Restamtzeit 1.50 Mk. Bei den Postanstalten 1.00 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach Nr. 1254 Berlin.

Nr. 104.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Mai 1920.

31. Jahrgang.

Demokratenmöte.

Die demokratische Presse tut sehr gleichgültig über den Abzug der Wiener, Mugdan und Genossen in das Lager der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Die Parole lautet: Fort mit Schaden! Man sagt an sich ja gar nicht so unrichtig, daß das Ausscheiden solcher Persönlichkeiten für die Partei nur eine angenehme Entlastung sei. Kurz, man meint den Abtrünnigen keine Träne nach und tut sehr unbekümmert und frohgemut. Wie man eben muß, wenn in fünf Wochen gewählt wird.

Die Vorgänge in der Demokratischen Partei sind aber keineswegs so unbedeutend, wie die demokratische Presse glauben machen möchte. Würde es sich wirklich um gar nichts anders handeln als darum, die Demokratische Partei von einigen rückständigen Persönlichkeiten zu säubern, so könnte man dazu nur gratulieren. In Wirklichkeit geht aber durch einen großen Teil der Demokratischen Partei eine energische Rechtsbewegung, deren Spitzen bereits jenseits der Parteigrenzen im Reiche Stresemanns angelangt sind.

Diese Bewegung hat lange genug unter der Oberfläche gespielt, unter die sie durch die Novemberereignisse des Jahres 1918 hinabgedrückt worden war. Damals war es einigen wirklich demokratisch gesinnten Personen, die vornehmlich auf die Umgestaltung der Partei durch einen Einfluß hatten, gelungen, bei der Umgründung von der fortschrittlichen Volkspartei zur Demokratischen Partei maßgebenden Einfluß auszuüben und die alten verrotteten Bezirksvereinsgrößen vom Schlege der Wiener und Kopsch in die Ecke zu drängen. Damals, in jenen Tagen der „Diktatur“, waren Männer wie Theodor Wolff, Witting und Preuß beinahe die Diktatoren der Partei. Sie erstrebten aufrichtig eine

Erneuerung an Haupt und Gliedern und sahen sich zu diesem Zwecke genötigt, gründlich unter den Personen aufzuräumen, die sich in ein zu enges Seelenbündnis mit der Rechten eingelassen oder sich sonst irgendwie während des Krieges politisch blamiert hatten.

Nachdem Stresemann vergeblich an die Tür geklopft hatte, machte er sich selbständig und gründete eine eigene Partei, die Deutsche Volkspartei, die die legitime Erbin der Nationalliberalen ist wie die Demokratische Partei die legitime Erbin der fortschrittlichen Volkspartei. Wiener und Kopsch konnten sich damals noch nicht zu diesem Schritt entscheiden. Diesmal kandidiert Kopsch für die Demokratische Partei, während Wiener ein Haus weiter gegangen ist und dort seinen Mandat hunger zu stillen versucht.

Wenn nun Kopsch und die andern alten Herren in die Doffentlichkeit der Demokratischen Partei zurückkehren, auf der andern Seite aber Wiener, Mugdan usw. in der Deutschen Volkspartei sitzen, so ist die Verbindung zwischen diesen beiden Parteien schon ganz von selber gegeben. Unter der Parole „Einigung des Bürgertums!“ wird man die Demokraten weiter nach rechts hinüber zu ziehen versuchen, noch viel weiter nach rechts, als sie in der letzten Zeit schon gegangen sind.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch das Wahlprogramm Stresemanns eine besondere Bedeutung. Stresemann hat sich in seiner Rede zur Eröffnung des Wahlkampfes gegen die „Vorherrschaft“ der Sozialdemokratie ausgesprochen, aber einer Koalition das Wort geredet, in der die Sozialdemokratie „gleichberechtigtes Mitglied“ sein soll. Stresemann begrüßte damals diesen Vorschlag damit, daß ohne die Sozialdemokratie nicht zu regieren sei, da sonst die Arbeiterschaft einem schrankenlosen Radikalismus verfallen würde. Wir haben schon damals schärfste Verwahrung eingelegt gegen diese Auffassung Stresemanns, die darauf hinausläuft, aus der Sozialdemokratie eine Schutzgarde für die bedrohten Interessen des Großbürgertums gegen den Radikalismus der Arbeiterschaft zu machen, und wir zweifeln nicht daran, daß die sozialdemokratische Fraktion gegebenenfalls eine solche Rolle entschieden ablehnen würde. Daran nicht zu zweifeln, ist auch Stresemann selbst offenbar klug genug. Das, was er erreichen will, ist in Wirklichkeit keine Koalition mit der Linken, sondern eine mit der Rechten. Wenn die Sozialdemokratie es erst abgesehen hat, sich von Stresemann die Bedingungen für ihren Eintritt in eine Koalition diktieren zu lassen, bietet sich die schönste Gelegenheit, mit der Erklärung, die Sozialdemokratie habe es nicht anders gewollt,

den Deutschnationalen die Bruderhand entgegenzustrecken. Das ist ganz offenbar der Zweck der Werbung. Der erste Reichstag der deutschen Republik würde dann im Zeichen eines neuen Wilson-Blocks stehen.

Es ist sehr zweifelhaft, ob die wirklich demokratischen Kräfte in der Demokratischen Partei stark genug sind, um eine solche Rechtschwengung zu verhindern. Die Wiederaufstellung des Herrn Kopsch als Reichstagskandidaten spricht nicht dafür und ebensowenig die Haltung der demokratischen Fraktion in den letzten Sitzungen der Nationalversammlung. Wenn die Fraktion die Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag und die Bezahlung der Streiktage während des Kapp-Putsch ablehnte, so handelte sie sichlich unter dem Druck ihres rechten Flügels und aus Furcht vor den Rechtsströmungen innerhalb der Partei.

Die wirklichen Demokraten in der Demokratischen Partei sind also in arge Nöte geraten. Und ihre Not wird zu einer Not für die demokratische Staatsform selbst werden, wenn es nicht der eigentlichen Trägerin des demokratischen Gedankens in Deutschland, der Sozialdemokratischen Partei, gelingt, bei den Wahlen so stark zu werden, daß sie zum Schutze der Demokratie der Hilfe der Demokratischen Partei nötigenfalls entbehren kann. Die Stimmen, die bei der Reichstagswahl für die Demokratische Partei abgegeben werden, können sehr leicht gegen den Willen der Wähler den dunkeln Plänen der Stresemann und Wiener zunutzen kommen. Worauf folgt, daß jeder, der ehrlich demokratisch fühlt und denkt, vorzichtigerweise besser tut, statt deutsch-demokratisch gleich sozialdemokratisch zu wählen. —

Denkt an die Wahl!

Parteimitglieder und Parteifreunde!

Der am 6. Juni stattfindenden Wahl des ersten Reichstags der deutschen Republik wird ein Wahlkampf vorausgehen, wie er an Schärfe und Umfang kaum dagewesen ist. Die reaktionären Rechtsparteien werden mit riesigen Kraftaufwendungen versuchen, eine rechtsgerichtete Mehrheit im Parlament zu erreichen, um damit der Gesetzgebung wieder einen rein kapitalistisch-volksfeindlichen Kurs zu geben. Au finanziellen Mitteln, die hierfür erforderlich sind, wird es diesen Parteien nicht fehlen, da die schwerreichen Junker- und Großkapitalistenkreise die Bedeutung dieses Kampfes voll anerkannt haben.

Auch unsere Parteifreunde wissen, was es in diesem Wahlkampf zu verteidigen und zu erobern gilt. Auch sie wissen, welche Summen eine Wahl von solchem Umfang in heutiger Zeit erfordert. Jeder wird bereit sein, nach Kräften zur Aufbringung dieser Mittel beizutragen. Wer keine Gelegenheit hat, am Orte dieser Parteipflicht zu genügen, sende Beiträge für den Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei an unsern Kassierer Fr. Bartels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, oder zahle solche ein auf das Postcheckkonto Fr. Bartels, F. Ebert, D. Braun Nr. 7981 beim Postcheckamt Berlin.

Stärkt den Wahlfonds der Partei!
Fördert den Sieg des sozialistischen Gedankens!
Sorgt, daß die nahe Zukunft dem Sozialismus gehört!
Der Parteivorstand.

Der Juli 1917.

In der „Glocke“ beginnen Tagebuchaufzeichnungen Philipp Scheidemanns über den ereignisreichen Juli 1917 zu erscheinen. Die Ereignisse jener bedeutungsvollen Tage sind im Gedächtnis selbst der Beteiligten wohl schon größtenteils entschwunden oder die Erinnerung ist mindestens ungenau geworden. Um so wertvoller sind diese Niederschriften, die am Tage der Ereignisse selbst oder spätestens tags darauf gemacht worden sind.

Wir geben als Probe die Tagebuchaufzeichnungen vom 6. und 7. Juli wieder. Nachdem Scheidemann bereits am 3. Juli vermerkt hat, daß Erzbergers Verdienst lediglich darin bestand, daß er als erster bürgerlicher

Abgeordneter entschlossen und offen den sozialdemokratischen Standpunkt in der Friedensfrage annahm, fährt er fort:

6. Juli 1917. Die Befreiung des Matthias! Der gestrige Tag wird zu den bedeutsamsten zählen, die wir bisher im Hauptauschuß während der Kriegszeit erlebt haben. Erzberger hat sich zu der Auffassung belannt, die meine Freunde und ich vertreten: wir müssen unter allen Umständen Frieden zu schließen suchen. — Als Erzberger im Hauptauschuß sein aufsehenerregendes Bekenntnis ablegte und den Vorschlag machte, daß der Reichstag in einer Erklärung vor aller Welt dokumentieren solle, er lehne Eroberungsziele ab und setze auf dem Standpunkt vom 4. August 1914, sah ich noch im Verfassungsausschuß. Infolge des Krachens vertagte ich aber, um Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, und kam in dem Augenblick in den Hauptauschuß, als Erzberger seine Rede beendet hatte. . . . Nach unwesentlichen Erklärungen wurde auch der Hauptauschuß vertagt. — Im Laufe des Tages traten schon Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Fortschrittler und der Nationalliberalen zu Beratungen zusammen. Es bestand grundsätzliche Übereinstimmung darin, daß eine gemeinsame Friedenserklärung versucht werden müsse. — Im Seniorenkonzert Einigung, daß die Kreditvorlage am Sonnabend nicht kommen darf. — Abends waren wir beim Reichstagskanzler: David, Ebert, ich, Hoch und Hoffmann (Kaiserlautern). Die Aussprache verlief wie üblich. Der Reichstagskanzler sprach sich sehr gründlich aus und nahm die Stellung ein, die er immer schon uns gegenüber im Krieg eingenommen hatte: er ist für einen Frieden der Verständigung jeden Tag, hält es aber für falsch, sich von vornherein die Hände zu binden durch eine Formel, die er für sehr dehnbar hält.

7. Juli 1917. Ueber die gestrige interfraktionelle Sitzung will ich noch folgendes nachtragen: Sie fand nachmittags 3 Uhr im Obergeschloß, Zimmer 12, statt. Anwesend: Spahn, Erzberger, Müller (Fulda), Fehrenbach, Payer, Müller (Meiningen), Paußmann, Gothein, Ebert, David, Südekum, Scheidemann, von Richthofen, Dr. Junk, Schiffer, Stresemann, von Calcker. Erzberger sprach noch einmal über seinen Vorschlag: Friedensbereitschaft wie am 4. August 1914, und kein andres Ziel: Verständigung. — Von Richthofen betonte, daß diese Frage nicht erörtert werden könnte, ohne daß gleichzeitig ein Personenwechsel eintrete. Einen Frieden zu machen mit Bethmann-Hollweg und Zimmermann werde das Ausland ablehnen. — Erzberger will sich darüber nicht äußern. — Stresemann: Wir sind kompetent, auch einen Wechsel im Personal zu verlangen. — Südekum ist der gleichen Ansicht. — Gothein ebenso. — Erzberger schildert nun die zweideutige Art, in der die deutsche Regierung Wilson behandelt hat, der bereit gewesen sei, Ende vorigen Jahres eine intensive Friedensvermittlung zu unternehmen. Er habe schließlich Verrstorff geradezu hinausgeworfen. — Im weiteren Verlauf sprachen Payer, Erzberger und von Richthofen von Personaländerungen. David verlangte ganz im Sinne der Fraktion eine deutliche Erklärung, wie sie der russische Arbeiter- und Soldatenrat formuliert hat. — Calcker wünscht, daß in der gemeinsamen Erklärung etwas über Elsaß-Lothringen gesagt wird. Man solle verlangen, daß Elsaß-Lothringen ein autonomer Bundesstaat im Rahmen des Reiches werde. — Stresemann hält seine grundsätzliche Auffassung über die flandrische Küste, Kurland usw. aufrecht. Er gibt seine entsprechenden Pläne aber auf, weil er nicht mehr glaubt, daß deren Durchführung möglich ist. Uebrigens sei es selbstverständlich, daß weder er noch ein anderer — wenn er nicht auf dem Boden der Erklärung stehe — in ein parlamentarisches Ministerium eintreten könne. Es bestehe jetzt tatsächlich die Gefahr, daß alle Neutrals gegen uns Front machen könnten, weil sie der U-Boot-Krieg dazu zwingt. Eine Erklärung wie die projektierte erscheine ihm nicht zeitgemäß, sie erschweine ihm direkt gefährlich angesichts der russischen Offensive. Diese habe Erfolge gehabt, die in Paris ungeheuerlich gefeiert wurden. Er möchte gern wissen, wie wir Sozials uns stellen zu der Frage: Können wir Kurland auf dem Wege der Verständigung bekommen? — David wies auf das Stockholmer Memorandum hin. — Von Calcker: Wir können erklären, was wir wollen; das Ausland glaubt nicht daran, wenn wir nicht einen Personenwechsel bekommen.

Soweit Scheidemanns Aufzeichnungen in der ersten Veröffentlichung. Die Doppelrolle Stresemanns, der nachträglich als Ankläger gegen die Resolutionmehrheit aufgetreten ist, wie er später bei den Demokraten Aufnahme suchte, um nachher als ihr schärfster Bekämpfer seine persönlichen Ziele weiter zu verfolgen, tritt schon in diesen Zeilen plastisch hervor. —

Der Wahlauftritt der Rappisten.

Der jetzt erscheinende Wahlauftritt der Deutschnationalen ist ein Dokument widerlichster Demagogie und Heuchelei. Eine Wählerliste, die auf so plumpe Agitationslügen hinfällt, beweist damit lediglich ihre Unreife zur politischen Selbstverwaltung.

Der Wahlauftritt erhebt gegen die Mehrheit der Nationalversammlung und die Koalitionsregierung den Vorwurf, daß sie über das deutsche Volk den Schmachfrieden von Versailles gebracht hätten. Welch niederträchtige Heuchler! Am 8. August 1918 begann die deutsche Niederlage. Seit jenem Tage war das Schicksal nicht mehr aufzuhalten, das der Uebermut deutschnationaler Parteiführer und militärischer Halbgelehrten über unser armes Volk gebracht hat. Erst als Ludendorff sechs Mal an einem Tage bringend telephoniert hatte, es dürfe mit der Lebensbitte an Amerika seinen Tag länger mehr gewartet werden, erst da wurde am 4. Oktober 1918 die Regierung Prinz Max gebildet. Die Generäle selbst hatten die deutsche Demokratie gerufen, damit sie die vollständige Vernichtung von Deutschland abwende, nachdem Reaktion und Militarismus, Monarchie und Maulheldentum Deutschlands Kraft in endlosen Krieg verwickelt und reslos aufgebraucht hatten.

Was wir leiden, ist Schuld

Der deutschnationale Kriegsverbrecher. Wenn überhaupt noch ein Deutscher lebt, wenn überhaupt noch eine deutsche Stadt frei vom Feinde ist, so ist das ein Verdienst der Revolution, der Sozialdemokratie.

Der Wahlauftritt der Lüge beschuldigt die Regierung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsfrieden und Produktion untergraben, Wirtschaftsleben und Geldstand vernichtet, unsere Wirtschaftsrücklagen verschlechtert zu haben. Abschweifliche Verdrehung der Wahrheit! Das deutsche Geld hat heute am internationalen Markt bereits wieder mehr als den doppelten Wert, den es zur Zeit des tiefsten durch die deutschnationalen Strauchritter und Strauchdiebe verschuldeten Niedergangs gehabt hat. Die Arbeitslosigkeit ist trotz des deutschnationalen Lieferungskriegs in Lebensmitteln ständig zurückgegangen, die Produktionsleistung dreimal so groß wie nach dem katastrophalen Zusammenbruch der letzten Junterregierung. Und die Erholung wäre schon viel weiter fortgeschritten, wenn nicht die deutschnationalen Putzschreiber sie aufgehalten hätten.

Der deutschnationale Wahlauftritt ist ehrlich genug, kein Wort der Verurteilung gegen die Rapp-Büttwits und Traub zu sagen. Ueber deren brutalen Ueberfall auf die Verfassung und die Demokratie sagt der deutschnationale Aufruf nur das eine:

Durch Mißachtung der Verfassung und Mangel an gutem Willen gegenüber den berechtigten Forderungen hat die Regierung den Ruf vom 18. März verächtlich gemacht.

Mißachtung der Verfassung? Nach dem deutschnationalen Braufengeweß soll sie wohl darin bestehen, daß die Regierung erst im Herbst wollte wählen lassen. Jetzt wählen wir unter Ausschaltung von Oberschlesien, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein, und der Unsinn dieses verächtlichen Wahltermins ist so groß, daß bei seiner Festsetzung ein — deutschnationaler gewünscht hat, doch lieber erst später zu wählen!

Die „berechtigten Forderungen“ des Hochverrätters Büttwits, welche die Regierung abgelehnt hat, bestanden unter anderem darin, die von der Entente geforderte Beschränkung der Heereszahl abgulehnen. Es sollte also neuer feindlicher Einmarsch und neue Blodade über uns gebracht werden. Das wollen die Deutschnationalen!

Unter den Forderungen, welche diese Partei der Niedertracht und Lüge aufstellt, steht voran: „Eine feste, würdige äußere Politik.“ Man kennt die deutschnationale Außenpolitik vom Prinzen Joachim Albrecht her, der die französische Delegation im Hotel Ablon

mit Selbstgläsern bewahrt.

Man kennt sie vom Gefährten der Aldeutschen und der Vaterlandspartei. „Berufung der besten Sachmänner und Köpfe in die Regierung.“ Es sollen Traub, Jagow, Brederes zurückgeholt werden. Helfferich soll als Reichsfinanzminister die leichtfertige Lumperei wieder mit dem monumentalen Sagenentwurf, die Feinde würden schon alles bezahlen, und Eugenberg soll als Reichswirtschaftsminister dafür sorgen, daß dem Kohlenmangel und dem Stahlwerksverband kein Macherhärchen geräumt wird. Natürlich fordert der deutschnationale Wahlauftritt „freie Wirtschaft“, und die Freiheit dieser Wirtschaft besteht in der Freiheit des Profits für die Besitzenden und in der Freiheit des Verhängens für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Antisemitische Redensarten geben dem deutschnationalen Wahlsalat die nötige Würze. Der christliche Geist wird aufgerufen zum Kampfe gegen die seit der Revolution immer beherrschender werdende

Vorherrschchaft des Judentums

in Regierung und Öffentlichkeit. Wo sind denn die regierenden Juden? Im Reichsministerium — keiner! Im preussischen Staatsministerium — keiner! Im bairischen Staatsministerium — keiner! Im sächsischen Staatsministerium — keiner! Wie gebenen sich übrigens die deutschnationalen Demagogen zu verhalten, wenn zufällig einmal ein Jude auf irgendeinem Gebiet „der beste Sachmann“ ist? Welchen ihrer Programmpunkte werden sie dann zuerst aufgeben?

Der deutschnationale Wahlauftritt stellt einen Höhepunkt giftiger Verleumdung und schmutzigster Unwahrhaftigkeit dar. Wie unehrlich diese Rappmänner sind, geht daraus hervor, daß ihr Wahlauftritt kein Wort über die Wiederherstellung der Monarchie enthält. Aber am Tage seines Erscheinens bringt die „Deutsche Tageszeitung“ in einem ganzseitigen Bilde Kaisertrone und Kaisermantel mit der Ueberschrift: „Der Teufel hat's zertrümmert — Deutscher Karhol's wieder!“ Eine Partei, die ihren Hauptprogrammpunkt im Wahlauftritt verstreut, charakterisiert sich so vollständig, daß es keines weiteren Wortes bedarf.

Das Ziel der deutschnationalen Reaktionäre besteht darin, das Volk durch Betrug und Gewalt wieder in das

Zuch der alten Heisen Erbschaft

von Junkern, Agrariern und Bürokraten zu bringen. Auf dem Altar dieser Junterpolitik wollen sie den Rest von Deutschlands Lebenskraft und Lebensmut opfern. Kein Wort des Kampfes gegen diese Demagogen ist zu spät. Ueber allen Zielen des

Gewinns der eignen Partei steht für diesen Wahlkampf das eine Ziel: Schonungsloser Vernichtungskampf gegen Deutschlands Verderber, welche die Worte deutsch und national schänden.

Ein Ehrenkranz der Sozialdemokratie

Im Wahlauftritt der Zentrumsparthei stellt das Zentrum sich selbst das Zeugnis aus, daß es nicht mit leeren Händen vor seine Wähler hintretet, sondern unendlich viel für das Christentum gerettet habe. Es rühmt der Republik nach, daß sie „den Anhängern des christlichen Glaubens die volle Freiheit ihrer Religion zu Übung gibt, eine Freiheit, die sie unter der alten Regierung niemals besessen haben“.

Dieses aufrichtige und wahre Bekenntnis ist die klassische Widerlegung der alten Zentrumslüge von der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie bekämpft jede Unterdrückung, auch die Unterdrückung durch päpstliche Unbulbsamkeit. Aber sie sichert jedem Menschen die volle Freiheit seines Glaubens und seiner Ueberzeugung, dem kirchlich Gesinnten genau wie dem Freidenker.

Das Zeugnis des Zentrums ist ein Ehrenkranz für die unparteiliche Gerechtigkeit der Sozialdemokratie.

Die Kämpfe in Oberschlesien.

Die aberaus erregte Haltung der deutschen Bevölkerung in Oppeln, die auch Montag anhält, hat die polnischen Vertreter der Abstimmungskommission sowie des polnischen Konsulats veranlaßt, aus Oppeln abzureisen. Nur unter dem Schutze französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenweg zu verlassen, da sich bereits eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt hatte, welche eine überaus drohende Haltung gegen die polnischen Agitatoren einnahm. In Oppeln waren die Geschäfte und Zeitungen der Großvölen geschlossen. Das polnische Konsulat wurde unter den Schutz französischer Truppen gestellt. Die Räume desselben waren, als sie von der Menge gestürmt wurden, mit Gas angefüllt. In allen Stadtteilen kam es wieder zu blutigen Zwischenfällen. In der Rosenberger Straße wurde ein Pole, der auf die deutsche Bevölkerung geschossen hatte, erschossen.

Im Deutschen Gerichtsgefängnis forderten einzelne Strafgefangene, die wegen des Richterstreiks nicht abgeurteilt werden konnten, daß sie sich an die internationalisierte Kommission wenden könnten mit dem Gesuchen, daß die deutsche Justiz wieder eingeleitet werde. Da dem Verlangen nicht sofort stattgegeben wurde, zerstörten die Gefangenen die Einrichtungen der Zellen und schossen aus den Fenstern. Sicherheitspolizei, die sofort eingriff, machte von den Schußwaffen Gebrauch und stellte im Gefängnis die Ruhe wieder her. Vor dem Gefängnis sammelte sich eine große Menschenmenge an, darunter befandliche Polen nahmen eine drohende Haltung gegen die Sicherheitspolizei an — und sympathisierten mit den Gefangenen, die aus den Fenstern riefen. Nachmittags zog eine französische Wache im Gefängnis auf.

Ende des Stahlwerksverbandes.

Wie der Düsselbacher Korrespondent der „Rheinischen Zeitung“ hört, hat das Reichswirtschaftsministerium den Stahlwerksverband dahin verständigt, daß es nicht beabsichtige, ihn über den 1. Mai d. N. hinaus zu verlängern. So kann der Stahlwerksverband, nachdem er seit dem Waffenstillstand ohnehin seiner Grundlagen beraubt war und sein Dasein nur durch Regierungsverordnungen unter wiederholten Verlängerungen um jedesmal ein paar Monate fristete, auch der Form nach als erloschen gelten.

Die Aktiengesellschaft Deutscher Stahlwerksverband, der unter anderem das Verbandsbureau „Stahlhof“ in Düsseldorf gehört, bleibt dagegen bestehen. Der Eisenwirtschaftsverband in Deutschland obliegt, wird in einer Reihe von Sitzungen seiner Ausschüsse in der ersten Hälfte dieser Woche die ersten Proben seiner Leistungsfähigkeit abzugeben haben, nachdem er seine Tätigkeit mit den Preisvorstellungen am 25. April begonnen hat. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage einer besondern Vergütung für die Lieferungen der Saarwerke, die aus den Ausfuhrerträgen der übrigen deutschen Werke gezahlt werden sollen, für die Saarwerke aber natürlich einen gewissen Anreiz zum Hochhalten der Preise bedeutet.

Die soziale Krise in Frankreich.

Der Streik der Eisenbahner, Bergarbeiter, Hafnarbeiter und Seeleute Frankreichs ist der acute Ausdruck einer sozialen Krise, die Frankreich schon seit 1917 durchschüttelt. Auch in Frankreich war die russische Revolution das Signal zur Radikalisierung der Arbeiterbewegung, deren tiefere Ursache in der sozialen Verzerrung zu suchen ist, die der Krieg überall erzeugt hat. In der Arbeiterbewegung machte sich diese Radikalisierung durch große Streiks, durch den Sturz der alten Parteimehrheit und durch eine Linksentwicklung der Gewerkschaften geltend. Am längsten widerstand der Eisenbahnerverband dieser Radikalisierung, der von 20 000 Mitgliedern vor dem Krieg auf über 300 000 angeschwollen ist. Auf dem Verbandstag des Eisenbahnerverbandes, der Ende April in Paris stattfand, wurde aber auch hier die gemäßigtere Leitung gestürzt und beschlossen, vom 1. Mai ab in den Generalstreik zu treten.

Die äußere Ursache dieses Umsturzes war das Resultat des Generalstreiks der Eisenbahner im März, der sich aus einer Solidaritätsbewegung wegen eines gemäßigten Gewerkschaftsdelegierten entwickelt hatte. Der Streik endete mit dem Versprechen der Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die Eisenbahngesellschaften geltend machen werde, damit alle Maßregelungen zurückgezogen würden und der Versicherung, keinerlei gerichtliche Verfolgungen wegen Streikvergehens vorzunehmen. Diese Versprechungen wurden nicht gehalten, was der alten Leitung des Verbandes zum Vorwurf gemacht wurde.

Zugleich hatte der Bergarbeiterverband ein Ultimatum gestellt, den Generalstreik zu proklamieren, wenn die Schieferbrucharbeiter nicht den Versicherungsgeetzen der Bergarbeiter unterstellt würden. Die Kammer hatte wohl nachgegeben, aber der Senat vertagte die Beratung der Regierungsvorlage auf den 15. Mai.

Der Kampf der Eisenbahner geht nicht nur um die Wiederherstellung der Gemäßigten, sondern vor allem um die „Nationalisierung“, eine Verstaatlichung, die der Sozialisierung sehr nahe kommt, der Eisenbahnen. Der Gewerkschaftsbund hat diese Forderung zur seinen gemacht, die allgemeine Neuordnung des Transportwesens gefordert, den Generalstreik der Hafnarbeiter und Seeleute proklamiert und sich als Gesamtkomitee konstituiert. Soweit die offiziellen Nachrichten erkennen lassen, scheint die Regierung noch nicht zu wissen, ob sie der Bewegung durch eine gewalttätige Unterdrückung oder durch rechtzeitige Konzessionen Herr werden soll. Die Nachrichten, daß die Streikbewegung ohne wesentliche Ausdehnung ist, sind natürlich mit Vorsicht zu genießen. Wichtig für die Bewegung dürfte allerdings der innere Zwist, die Verdrängung der alten Führer durch neue, die ungenügende Vorbereitung und der mehr ideelle als materielle Charakter des Streikes sein.

J. E. J.

Unser Reichthum.

Der N. Kuczyński schreibt in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“: Der Preissturz, der mit der Besserung unserer Valuta einsetzte, hat die Kosten des Existenzminimums nicht vermindert. Die Preissteigerungen überdogen im Kleinhandel noch erheblich die Preissteigerungen. Fleisch, Fett, Kohlen, Kleidung, Schuhwerk usw. sind abermals teurer geworden. In Groß-Berlin zum Beispiel kostete im April Brot 5/2mal soviel wie vor dem Kriege, Butter 8mal soviel, Gas 8mal soviel, Milch 6mal soviel, Butter und Margarine 12mal soviel, Kartoffeln und Brikette 14mal soviel, Schmalz 28mal soviel. Bei manchen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Reis war mehr als 50mal so teuer wie vor 6 Jahren (1 Pfund im April 1914: 22 Pfg., April 1920: 12 Mark). Verdrängt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen ein Verteuerung auf das 30-fache. In den 8 Wochen vom 5. bis 25. April wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis April 1920	Preis April 1914
5700 g Brot	795 Pfg.	142 Pfg.
950 g Nährmittel	261 "	42 "
800 g Hülsenfrüchte	480 "	83 "
5500 g Kartoffeln	395 "	28 "
750 g Fleisch	1580 "	128 "
60 g Butter	211 "	17 "
170 g Margarine	828 "	27 "
500 g Schmalz, Bratfett	1842 "	70 "
525 g Zucker	147 "	28 "
250 g Marmelade	195 "	15 "
	6159 Pfg.	525 Pfg.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 61,59 Mark zahlen muß, konnte man vor 6 Jahren für 5,25 Mark kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochenbrotschnitt nur etwa 11 200 Kalorien, d. h. ungefähr so viel, wie ein Kind von 6 bis 10 Jahren benötigt. Man wird also bei äußerster Einschränkung des Existenzminimums der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 20 Mark ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7 x 2400 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 18 800 — 11 200 = 5600 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billiger tun, indem sie sich 1 1/2 Pfund Hafersoden für 5,10 Mark, 1 Pfund Bohnen für 4,50 Mark, 9 Pfund Gemüse für 8,75 Mark, 1/2 Pfund Marmelade für 3,50 Mark beschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also 40 Mark kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 x 3000 = 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch 1/2 Pfund Marmelade für 3,50 Mark, 1/2 Pfund Schmalz für 1,75 Mark, 1/2 Pfund Reis für 6 Mark, 1 Pfund Sahne für 5,75 Mark. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 70 Mark kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren würde mit 160 Mark wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Rentner Brikette und für Beleuchtung 8 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mark, für Heizung 16,80 Mark, für Beleuchtung 8 Mark.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 48 Mark, Frau 32 Mark, Kind 16 Mark. Für alle sonstigen Lebensnotwendigen Ausgaben (Bärschneidung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den April 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	70 Mark	110 Mark	150 Mark
Wohnung	9 "	9 "	9 "
Heizung, Beleuchtung	22 "	22 "	22 "
Bekleidung	48 "	80 "	112 "
Sonstiges	57 "	55 "	78 "
	186 Mark	276 Mark	368 Mark

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestbedienst für einen alleinstehenden Mann 81 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 46 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 61 Mark. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 9760 Mark, für das kinderlose Ehepaar 14 400 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 19 100 Mark.

Vom April 1914 bis zum April 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,70 Mark auf 186 Mark, d. h. auf das 11,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,25 Mark auf 276 Mark, d. h. auf das 12,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,75 Mark auf 368 Mark, d. h. auf das 12,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 8 bis 9 Pfg. wert. Wesentlich anders als in Berlin ist die Lage auch in andern Großstädten faum.

Unbequeme Erfolge.

In den Fragen der Rückgabe der Kriegsgefangenen, des Verzichts auf die Auslieferung der Kriegsschuldigen und der Zulassung zu den internationalen Beratungen, welche letztere jetzt durch die Beschlüsse von San Remo erfolgt ist, hat die Zeitung der deutschen Außenpolitik durch die Sozialdemokraten Hermann Müller und Dr. Adolf Köster ihre ersten bescheidenen, aber symptomatischen wichtigen Erfolge erzielt. Gerade dies ist den Deutschnationalen unbequem. Je deutlicher sich zeigt, daß die alte Feudalwirtschaft Deutschland ins Unglück gestürzt hat und daß nur eine ehrlich demokratische und friedliche Politik die Fesseln des Versailles Friedens allmählich lockern und lösen kann, desto schmerzlicher wird ihre ausfichtslose Demagogie. Infolgedessen bemühen sich alle deutschnationalen Blätter um die Wette, die Beschlüsse von San Remo in ihrer Bedeutung herabzusetzen. Und doch müssen sie unmittelbar zur Folge haben, daß Deutschland künftig nicht mehr ein bloßes Objekt der internationalen Gesetzgebung ist, sondern ein vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes wird.

Genau so wenig wie in der Wirtschaft lassen sich in der internationalen Politik die Folgen der verbrecherischen Methoden des alten Regimes von einem Tag zum andern aus der Welt schaffen. Man mag die Wüstentwändlungen des deutschen Volkes auf 10 oder auf 20 Jahre schätzen, in jedem Falle werden wir noch viel zu leiden haben und viel Geduld aufbringen müssen, bis die deutsche Wirtschaft wieder normal funktioniert und das deutsche Ansehen in der Welt einigermaßen wieder hergestellt ist. Aber alle reaktionären Gewaltstreichs können diesen Wiederaufbauprozess nur aufhalten ohne jeden Appell an eine Gewalt, die wir gar nicht mehr haben, die Wucht unserer moralischen Gründe nur abschwächen. Deshalb ist die deutsch-nationale Radikalpolitik Deutschlands schwerste Schädigung, und die sozialdemokratische Politik, welche alle deutschen Interessen wahr, aber nur auf Recht und Vernunft sich stützt, Deutschlands einzige Rettung. Je klarer das durch die Tatsachen selber wird, desto weniger wird die deutsch-nationale Demagogie der nationalistischen Schlagwörter verfangen.

Emanuel Wurm gestorben.

In Berlin ist Emanuel Wurm den Folgen einer Darmoperation erlegen. Er gehörte seit der Parteispaltung zu den Unabhängigen, aber er ist einer von denen, an deren Sache auch die ganze alte Sozialdemokratie trauert. Von Beruf ursprünglich Chemiker, hat Wurm, der ein Alter von 63 Jahren erreichte, in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zunächst im Ausland gewirkt, schloß sich aber schon im Beginn der damals unter dem Sozialistengesetz verbotenen und verfolgten Sozialdemokratie an. Unermüdet hat er mit großem Wissen ausgerüstete Mann dann für die Partei gewirkt, hauptsächlich als Schriftsteller und seit 1890 als Parlamentarier. Bis nach seinem Austritt aus der Partei war er mit Klatsch Modestur der „Neuen Zeit“. Sein „Volklexikon“ war in den neunziger Jahren eine Tat und ist heute noch ein empfehlenswertes Nachschlagewerk in Arbeiterangelegenheiten, wie sein Werk über „Gesundheitsschutz“ eine volkstümliche Darstellung der Lebensbedingungen und Krankheitserscheinungen bietet.

Im alten Reichstag, dem er seit 1890 nur mit der Unterbrechung von 1906 bis 1912 angehörte, war seine speziellen Arbeitsgebiete die sozialpolitische Gesetzgebung und die Ernährungsfrage. Die Regierung der Volksbeauftragten machte ihn im November 1918 zum Staatssekretär des Reichsernährungsamts, in welchem Amt er bis zum Austritt aller Unabhängigen aus Regierungämtern verblieb. Sein Wissen, seine Arbeits-

Kraft und sein guter Wille wurde von allen anerkannt. Und wenn er auch in den letzten Jahren andre Parteistricke ging als wir, so hindert uns das nicht, auszusprechen, daß er einer der wenigen unter den heutigen Unabhängigen war, die sich nicht von allen sozialdemokratischen Grundfragen unabhängig gemacht haben und mit denen daher eine Verständigung möglich schien. Einmütig hat ihn deshalb noch in den letzten Tagen die Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse zu ihrem Vorsitzenden wiedergewählt, welches Amt er seit langen Jahren innegehabt hatte. Er hat es nicht mehr lange ausüben können.

Notizen.

Drohung der Gastwirte. Die Gastwirte in Lüneburg werden auf dem Verbandstage des hannoverschen Wirtverbandes den Antrag stellen, der Provinzialverbandstag sich beschließen, daß sämtliche Gastwirte der Provinz Hannover angesichts der 100prozentigen Bierpreiserhöhung den Bezug und den Ausschank von Bier sofort einzustellen haben, bis diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht ist.

Unfall Otto Weis. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Weis erlitt am Montag durch einen unglücklichen Sturz beim Turnen einen schweren Unfall. Eine Verletzung am Kniegelenk macht seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig. Ob er am Wahlkampf noch aktiv teilzunehmen in der Lage sein wird, ist zweifelhaft. Sein zeitweiliges Ausscheiden ist gerade in der gegenwärtigen Zeit für die Partei ein besonders schwerer Schlag.

Die deutsche Schiffsahrtsdelegation nach London. Die deutsche Schiffsahrtsdelegation wird sich erneut nach London begeben, um mit dem Maritime Service erneut in Verhandlungen bezüglich der Auslieferung der deutschen Handelschiffe einzutreten.

Kongreß ehemaliger Kriegsteilnehmer. Der internationale Kongreß der ehemaligen Kriegsteilnehmer wurde mit einer öffentlichen Kundgebung unter dem Vorsitz Henry Barbusse abgeschlossen. Außer Barbusse ergriffen das Wort die Deutschen Liebi, Carle und Bidler, der Engländer Scott, der Franzosen Marchand, Garnier und Levh (Nyon) sowie eine Mitarbeiterin der „Humanité“, Madame Nauche. Sämtliche Redner einschließlich Barbusse bekundeten sich ausdrücklich zum Programm des internationalen Sozialismus. Sie erblickten nur in dem Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Gewähr für die Beseitigung der Armeen und das Ende des Krieges. Sie haben kein Vertrauen zu dem in Versailles gegründeten Völkerbund, den der englische Delegierte eine Liga der Stagnation nannte. Großen Eindruck machten auch die Ausführungen des Elsässer Schöpfers, in denen die ganze Enttäuschung der elsäss-lothringischen Arbeiter über ihre Behandlung unter der Regierung der französischen Republik zum Ausdruck kam. Der Kongreß beschloß, sich im Oktober d. J. in Mailand wieder zu versammeln.

Schneiderstreik in Hannover. Die seit etwa 8 Tagen in eine Lohnbewegung eingetretenen Arbeitnehmer des Schneidergewerbes in Hannover sind nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Arbeitgeber heute früh in den Streik getreten. Inbegriffen sind nicht nur Herrenschneider, sondern auch weibliche Hilfskräfte und Beurlinge. Sie fordern eine Lohnsteigerung von 50 Prozent bzw. einen Stundenlohn von mehr als 6 Mark.

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Die Nationalversammlung hat ein Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel verabschiedet, durch das ein schärferes Vorgehen der Landesbehörden und der Gemeinden bei der Kontrolle über die Verteilung des vorhandenen Wohnraums und bei der Beschlagnahme von Räumen ermöglicht wird. Das Gesetz bringt ferner zum Ausdruck, daß die bisher von den Gemeinden erlassenen Anordnungen und Maßnahmen gültig gewesen sind und auch weiterhin in Kraft bleiben. Damit steht also insbesondere fest, daß die Gemeinden berechtigt waren, Räume zu beschlagnehmen und Zwangsmaßnahmen vorzunehmen. Die zahlreichen bei den Gerichten schwebenden Prozesse, bei denen es sich um die Gültigkeit solcher Maßnahmen handelt, sind damit nunmehr erledigt. Die Gültigkeit von Beschlagnahmen und Zwangseinquartierungen ist außer Zweifel gestellt. Die bisherige Strafbestimmung der Wohnungsmangel-Verordnung ist verschärft, wer der Anordnung der Gemeinde zum Zuzug gehorcht, wird mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit Haft bestraft. Das Gesetz enthält schließlich noch einige Veränderungen der Bekanntmachung zum Schutz der Mieter. Es bestimmt, daß die Mieterschubbestimmungen auch über den 31. Dezember 1920 hinaus in Kraft bleiben sollen und erklärt, daß die bisher auf Grund des § 5a der Bekanntmachung erlassenen Anordnungen gültig sind. Gleichzeitig enthält das Gesetz die Vorschrift, daß die Mieten für Wohnungen, die mit Hilfe von Vorkaufszulässen aus öffentlichen Mitteln hergestellt sind, nicht der Festsetzung durch das Mietrentungsamt unterliegen.

Volkszählung in Sachsen. Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamts betrug die Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung in Sachsen 4 670 311 Personen.

Krieg zwischen Polen und Sowjetrußland. Nach einem Bericht des Polnischen Generalstabs haben die Polen Klesnow, Verbitzschew, Kasatin, Chmjesnit und Bor besetzt. Bei der Besetzung von Kasatin wurden 2000 Gefangene gemacht.

Die tschechischen Senatswahlen. Nach Vornahme des zweiten und dritten Wahlgangs für die Senatswahlen verteilten sich die Mandate auf die einzelnen Parteien wie folgt: Tschechische Sozialdemokraten 41, Republikanische Partei (Agrarier) 14, Nationale Bauernpartei (Slowakische) 6, Liberale 18, Tschechische Nationalsozialisten 10, Nationaldemokraten 10, Gewerks- und Mittelstandspartei 3. Die tschechischen Parteien besitzen also insgesamt 102 Mandate. Von den deutschen Parteien entfallen auf die Deutschen Sozialdemokraten 16, auf den Bund der Landwirte 6, die Deutsche Wahlgenossenschaft 8, die Deutsche christliche Partei 4 und die Deutsch-Österreichische Freiheitspartei 3 Mandate. Die Radikalen haben 3 Mandate.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg
Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonntags von 10 bis 4 Uhr, 143 — Sonntags geschlossen. — Telefonnr. 1912.
Mittwoch den 6. Mai, abends 7 Uhr, in „Friedrichshof“, Leipziger Straße

Versammlung aller Schmiede.
Tagesordnung:
Vortrag des Kollegen Bant. — Berufsfragen und Verschiedenes.
Donnerstag den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, in „Friedrichshof“, Leipziger Straße 52

Versammlung aller in der Autobranche Beschäftigten
Tagesordnung:
Berufsfragen. — Verhandlungsangelegenheiten. — Verschiedenes.
Donnerstag den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Restaurant Monopol, Wilhelmstraße 1

Versammlung aller in den Klempnereien Beschäftigten
Tagesordnung:
Tarifberatung. — Verhandlungsangelegenheiten. — Verschiedenes.
Donnerstag den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Diana-Brau“, Berliner Straße 14

Branchenversammlung der Graveure.
Tagesordnung:
Vortrag des Kollegen Große. — Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Verwaltung.

Achtung, Bäckergefallen!
Donnerstag den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Diana-Brau, Berliner Straße 14

Öffentliche Versammlung
Tagesordnung:
1. Stand unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
2. Die Durchführung des Tarifvertrags und der Bestimmungen über die Ferien und das Gebahren dieser Bäckermeister dazu.
3. Berufsfragen.
Kollegen, erscheint in Massen und bedankt euch durch euren Besuch, daß ihr gewillt seid, für Durchführung der Abmachungen Sorge zu tragen.
Die Ortsverwaltung des Verbandes der Bäcker und Konditoren.

Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.
Ortsgruppe Magdeburg.
Bezirk Mittelstadt Nord. Bezirksversammlung am Freitag den 7. Mai, abends 7 Uhr, im Friedrichshof, nicht bei Lichtschein, wie in vorheriger Annonce irrtümlich angegeben.
Der Vorstand.

Konsumverein Barleben
E. G. m. b. H. zu Barleben.
Am Mittwoch den 19. Mai 1920, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Außerordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Halbjährlicher Geschäftsbericht. 2. Verschiedenes.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Aufsichtsrat. Frau Jennrich, Vorsitzende.

Schaubudenbesitzer.
Am 1. u. 2. Pfingst-Marienberg ein Volksfest statt. Schaubudenbesitzer wollen sich beim Gastwirt Junge melden.
1146 Bahnhofs Marienberg (Kreis Neuhausleben).

Bekanntmachung.
Ich bringe hiermit in Erinnerung, daß jeder Radfahrer eine Radfahrkarte bei sich führen muß. Nichtbefolgung zieht Bestrafung nach sich.
Radfahrerinnen können auf dem hiesigen Amtsbureau während der Dienststunden beantragt werden.
Die hiesigen Polizeibehörden sind angewiesen, jeden zur Anzeige zu bringen, welcher ohne Radfahrkarte angetroffen wird.
1018
Folgeleben, den 22. April 1920.
Der Amtsvorsteher.

Parkrestaurant Herrenkrug
Heute Mittwoch den 5. Mai
Grosses Extra-Konzert
der gesamten Kapelle des
Philharmonischen Orchesters
Leitung: Kapellmeister Paul Arndt.
Anfang 4 Uhr. 1001

Weißer Bär.
Garten eröffnet
Ausschank von Frankfurter Apfelwein mit Kohlensäure.

Gesellschaftshaus Wilhelma
Lübbecke Straße 129.
Der Prunksaal
steht vom 1. Juni an den geehrten Vereinen usw. wieder zur Verfügung.
Der Garten ist wieder geöffnet.
Jeden Sonntag Gesellschaftsball.
Philharmonisches Orchester.

ZL

Zirkus-Lichtspiele.
Bis einschließlich Donnerstag:
Im Dienste der Liebe
Drama in 5 Akten mit
Friedrich Zelnik — Hermann Valentin — Maria Zelenka — Herbert Paulmüller.
Die Bademaus
4 Akte. 4 Akte.
Karlchens Abenteuer zu Wasser u. zu Lande.
Spielzeit: Wochentags von 6 bis 10 45 Uhr, Sonntags von 3 bis 10 45 Uhr.

L. L. Lichtspiele Sibyll, L. L.
Große Diebendorfer Str. 219.
Vom Dienstag bis Donnerstag:
Die Braut des Cowboys
Großes amerikanisches Sensationsdrama in 4 Akten mit Mia Zende und E. G. Seefeld.
Das Geheimnis einer Nacht
Detektivroman in 4 Akten von Franz Hofner.
Hauptdarsteller: Erich Kaiser-Etz.

Dachpappen Dachlatten
Solange Vorrat, vert. Carl Rich. Steinbecker, Olivenstädter Str. 6
Kasino Varieté
Gr. Junkerstr. 12.
Gastspiel d. berühmten Experimental-Psychologen
Hans de Werth.
Auftritt 9 Uhr. 1407

Fürstentum-Prunksaal
7 1/2 Uhr:
Der hochoriginelle
Telephon-Sketch
Vorsicht bei Gelprüchen!
Mezzum
Liesel Zimme
4 Akten
Paul Przhwiskat
Laurenz u. Partner
und die übrigen Schläger.

Städtische Theater. Stadttheater
Mittwoch den 5. Mai
5. Abend Welche Karten
Maria Stuart.
Aufgang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Donnerstag 8 Uhr.
Wilhelm-Theater
Mittwoch, 5. Mai, auf 7 1/2 Uhr
Die Welt ohne Männer.
Donnerstag
Kater Lampe.

Tonbild-Theater Buckau
Schneebecker Str. 94b.
Vom Dienstag bis einschließlich Donnerstag
Die Fee von Lain Ménard
Filmschauspiel, 4 Akte, mit
Eva May
Leopold v. Ledebur
und Kari Platen.
Der Wirrwarr
Poffe, 4 Akte, mit
Kitty Dewald.
Anfang 7 Uhr.

Hofjäger Müller-Lipart Theater
(Vorbereitend)
Sämtlich 8 Uhr
8. Vorspieltage
Pat. Et. a. d. Leb.
1. 3. Akt. Hauptv.
P. Müller-Lipart,
Ludwig Fiedler,
Gerlin. Wild.
Sorgeest v. W.
Deat. Vorvert.
11-1 Hofjäger u.
Jacobs, Ulrichsb.



Schuhputz gibts heute viel an Zahl, für mich gibts einen nur: Erdal.

Schuhputz Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun.
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Arbeitsmarkt
Tüchtige Näherinnen
für Nähmaschinen, elektrischer Betrieb, sofort gesucht. Nur solche wollen sich melden, die vollkommen hierauf eingearbeitet sind.
1018
Sackfabriken Paul Berg, Albert Otto Klau
Selmstedter Straße 33/34.

Tüchtige Wagenlackierer
und
Wagensattler oder Tapezierer
auf Rufessei per sofort gesucht.
Otto Schöne, Magdeburg
Knochenhauerufer 79.

Tüchtige Maurer | **Stephanshallen**
steht für dauernd ein
Rohde & Comp., Baumgeschäft
Egeln.
das wirkliche
Wald-Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
113
Raucht Bonitas!

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Mai 1920.

Gerüstet zum Wahlkampf!

Am ersten Freitag nach dem Feste schon traten die Parteigenossen in Bezirks-Mitgliederversammlungen zusammen, um zum Wahlkampf zu rüsten. Es haben gestern Bezirksversammlungen stattgefunden in Neue Neustadt, Wilhelmstadt und Formersleben. Heute und morgen finden weitere Bezirksversammlungen statt. Ueber die geistigen Versammlungen erhalten wir diese Berichte:

Neue Neustadt. Die Versammlung war außergewöhnlich stark besucht. Genosse Heilmann sprach über „Die Parteien und die Reichstagswahl“. Er führte etwa folgendes aus: Bei dieser Wahl wird es sich um die Frage handeln: können wir das Wirtschaftsleben aufbauen oder nicht? Dem stellen sich natürlich sehr große Schwierigkeiten entgegen. Der Redner geht dann aus einander, warum und weshalb unsere Genossen nach Ausbruch der Revolution in die Regierung eingetreten sind. Der Eintritt sei weniger erfolgt im Parteinteresse als im Interesse der Allgemeinheit. Uebergehend zu den Parteien unterzieht er die Deutschnationale Partei einer scharfen Kritik. Ihre Parteifähigkeit gleicht der der äußersten Linken. Denn beide Parteien haben gegen alle Gesetze gestimmt. Positive Arbeit sei von keiner der beiden Parteien geleistet. Auch die übrigen Parteien wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Trotz der großen Schwierigkeiten habe die Regierung einschließlich der Mehrheitsparteien dem Volke manches Gute gebracht. Er sei deshalb für den Wahlsieg nicht bangend. Allerdings die Hände dürften wir nicht in den Schoß legen. Ehrliche und anstrengendste Tätigkeit verlangt die Wahl von uns. Wenn jeder einzelne Genosse, jede Genossin sich in den Dienst der Partei stelle, sich an der Wahlarbeit beteilige, dann wird der Erfolg ein guter sein.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Friedrich Winger und die Genossin Weitzner. Der Bezirksleiter gab seinen Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß im Bezirk Neue Neustadt die Geschäfte glatt erledigt wurden. Der Genosse Nordt als Bezirkskassierer gab ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Kassierer. Den Bericht von der Pressekommission erfaßte der Genosse Valentin, für den Ausschluß der Genosse Alb. Meyer. Gegen sämtliche Berichte wurde nichts eingemeldet.

Als Bezirksleiter wurde Genosse Alb. Winger gewählt und für die Wahlzeit der Genosse M. Gräfeke. M. Nordt erhält den Bezirkskassierertitel. Als Pressekommissionsmitglied wurde Genosse N. Valentin und als Erbsmann M. Nordt gewählt. Der Genosse Alb. Meyer wurde zum Ausschußmitglied und als Erbsmann Aug. Ferschland bestimmt. Auf Vorschlag des Genossen Gräfeke sollen die Genossen Wittmann, Baer, Winger und die Genossin Schwenk als Vorstandsmitglieder der Generalversammlung vorgeschlagen werden. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß am Montag den 10. Mai, abends 7 Uhr, in Hochhaus „Wintergarten“ eine Wahlhelfer-Versammlung tagt, zu der sämtliche Parteimitglieder willkommen sind.

Wilhelmstadt. In der gut besuchten Mitgliederversammlung sprach der Genosse Wurgardt über „Die Parteien und die Reichstagswahl“. Er verhielt die Versprechungen der gegnerischen Parteien in ihren Wahlaufrufen mit ihrem bisherigen Verhalten, ging aber auch nicht an den Fehlern vorbei, die in unserer Partei sowohl von Führern als auch von den andern Genossen seit der Revolution gemacht worden sind. Man müsse aber — besonders für den Wahlkampf — daraus lernen. Einigkeit in der Arbeiterschaft ist notwendig, ohne sie ist das Ziel, die sozialistische Republik, nicht zu erreichen. — In der Aussprache, an der sich die Genossen Blank, Sander, Sengel, Wiegner und Schmalbe beteiligten, wurde im allgemeinen von den Parteigenossen mehr Aktivität gefordert, hauptsächlich nach rechts. — Die Kandidatenliste für den Wahlbezirk Magdeburg fand nicht ganz die Zustimmung der Versammlung. Es wurde eine Umstellung einzelner Namen gewünscht. Das Verhalten des Genossen Weins bei der Maifester-Debatte in der Stadtverordnetenversammlung wurde scharf kritisiert. Der Generalversammlung sollen folgende Vorschläge gemacht werden: Zum 1. Vorsitzenden Genosse Wittmann, 2. Vorsitzenden Genosse Kungemann, Kassierer Genosse Winger und als Beisitzerin Genossin Schwenk, für den Ausschuß als Vorsitzender Genosse Klübs und als Mitglied Genosse Wiegand, für die Pressekommission Genosse Kermert. In die Bezirksleitung Wilhelmstadt wurden gewählt: Genosse Eich-

holz, Vorsitzender, Genosse Blank, Schriftführer, und Genosse Martini, Kassierer. Zur Frauenkonferenz bei Holz wurde neben der Genossin Schwenk die Genossin Wille delegiert. Die Jugendgenossen Gebrüder Schuchardt rufen zur Werbung für den Jugendbund Freiheit auf; sie werden dabei von älteren Genossen unterstützt. Heraus entspinnt sich eine Aussprache über den Besuch gegnerischer Versammlungen; es wird bedauert, daß viele schädigende Umwahrheiten und Verleumdungen dort keine Widerlegung finden. Zum Schluß macht Genosse Eichholz die Mitteilung, daß sich das Wahlkomitee aus dem Vorstand und den Bezirksleitern zusammensetzen wird.

Formersleben. Genosse Jänisch sprach über die Programme der politischen Parteien. Der inhaltreiche Vortrag fand allgemeinen Beifall. Gewünscht wurde, die Programme der einzelnen Parteien gründlicher behandeln zu können, als dies in einem zusammenfassenden Vortrag möglich. In der Diskussion wurde die kommende Reichstagswahl eingehend erörtert. Die zuverlässige Stimmung der Versammlung läßt für den Wahlkampf das Beste erhoffen. Weiter wurden in der Versammlung lokale Mißstände erörtert, und beschlossen, den Magistrat um Änderung zu ersuchen. Festgestellt wurde weiter, daß ein Rektor am 1. Mai entgegen der Verfügung des Ministers die Kinder aufgefordert hat, die Schule zu besuchen. Der Elternrat wird der Sache nachgehen und Bericht geben. Mit einem Appell, mit Erbe den Wahlkampf zu betreiben, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Bender

Abgeordneter der Nationalversammlung
spricht am

Dienstag den 11. Mai, abends 7 Uhr,
im
Wilhelmspark
über
Die bevorstehende Reichstagswahl.

Magistrat und Erwerbslosenkontrolle.

Der Magistrat schreibt uns:

Gegenüber unrichtigen Darstellungen in der Presse betr. das Verhalten des Magistrats in Sachen der verschärften Erwerbslosenkontrolle ist folgende Richtigstellung erforderlich:

1. Die Presse hat Verlöbe der Stadt gegen die Bestimmungen der Demobilisierungskommission als Ursache des Eingreifens der Regierung hingestellt, die darin erblickt wurden, daß der Magistrat die Anordnung nicht vorher dem Regierungspräsidenten vorgelegt habe. Solche Verlöbe sind nicht vorgekommen. Die von der Regierung angeordnete Verfügung bezieht sich lediglich auf solche Anordnungen des Demobilisierungsausschusses, welche infolge einer Übertragung der Befugnisse des Demobilisierungskommissionars erlassen sind. Im vorliegenden Falle handelte es sich jedoch um eine Anordnung, welche nicht vom Demobilisierungsausschuß, sondern von einem andern Dezernenten unterstellt ist, sondern vom Gemeindevorstand auf Grund der Ausführungsbestimmungen der M.-V. zur Erwerbslosensicherung erlassen worden sind. Von einer vorherigen Einreichung an den Regierungspräsidenten konnte um so weniger die Rede sein, als die Anregung zur Einführung der verschärften Kontrolle von der Regierung selbst ausgegangen und am Schluß des diesbezüglichen Schreibens ausdrücklich gesagt war, daß über das Veranlassen und den Erfolg berichtet werden sollte. Daraus mußte der Schluß gezogen werden, daß ein vorheriger Bericht über die Einführung seitens der Stadt nicht zu erstatten war.

Weiter ist in der Presse gesagt worden, daß die Regierung die Durchführung der verschärften Kontrolle nicht ausgesetzt, sondern nur an den Magistrat das Erlauchen gerichtet habe, dies so lange zu tun, bis eine Prüfung seitens der Regierung erfolgt sei. Auch dies ist nur teilweise richtig. In dieser Beziehung werden die beiden Schreiben an das städtische Arbeitsamt und an den politischen Führer der Erwerbslosen, Herrn Tamm, voneinander ab. Insbesondere heißt es in dem an Herrn Tamm gerichteten Schreiben, „daß die Durchführung der Anordnung des Magistrats vom 12. d. M. ausgesetzt wird, bis von hier eine Entscheidung in der Angelegenheit getroffen ist“. Da weiter weder hier noch in dem Schreiben an das Arbeitsamt der Magistrat zum Bericht aufgefordert ist, so mußte allerdings angenommen werden, daß die Regierung die Entscheidung ohne vorherige Anhörung des Magistrats nur auf Grund der einseitigen Information der Erwerbslosen getroffen hatte. Auch die Behauptung, daß die bereitete Zustimmung an die zuständige Dienststelle auf einem Verschub des Magistrats beruht, ist unrichtig; die Nachprüfung hat gezeigt, daß Herr Tamm das an ihn gerichtete Schreiben in den Räumen der Erwerbslosenkontrolle sowie der Leitung des Arbeitsamts bereits zu einer Zeit vorlegen konnte, als das Schreiben an den Magistrat die Räume der Regierung noch nicht verlassen hatte.

2. Wichtig ist, daß die Strafandrohungen gegen den Magistrat, von welchen in den Zeitungen die Rede gewesen ist, nicht auf schriftlichem Wege, sondern telephonisch durch einen Regierungsassessor ausgesprochen worden sind. Die betreffende Dienststelle konnte aber nicht annehmen, daß es sich hier nur um private Äußerungen handelte, weil diese von dem zuständigen Regierungs-Dezernenten ausgesprochen, der dabei ausdrücklich betonte, daß er sich vergeblich bemüht habe, den Magistrats-Dezernenten zu sprechen.

In der Sache selbst muß darauf hingewiesen werden, daß das Arbeitsamt vor Erlass der bezüglichen Bestimmungen die gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zusammensetzenden Kammern des Fürsorgeausschusses angehört hat und deren Zustimmung für diese Maßnahmen erlangte. Wie berechtigt die Billigung dieser Männer der Praxis war, zeigt die Tatsache, daß schon in wenigen Tagen, in welchen die doppelte Stempelung in Kraft gewesen war, ein erheblicher Rückgang der Erwerbslosen beobachtet wurde und eine Reihe von Erwerbslosen offen zugab, daß sie zur Nachmittagsstempelung nicht erscheinen könnten, weil sie zu dieser Zeit eine Beschäftigung hätten. Ebenso unbegründet waren die Befürchtungen über die schematische Durchführung der Stempelung. Tatsächlich sind während der Dauer der Doppelstempelung von 120 gestellten Anträgen auf Befreiung 98 fristlos, 40 auf Zeit genehmigt und nur 19 abgelehnt worden, während bei 19 weiteren die Entscheidung bis zur näheren Prüfung der gemachten Angaben ausgesetzt worden ist. Die Handhabung war also eine durchaus milde. Der Magistrat hat sich also keine „Vorführung der öffentlichen Meinung“ zuschulden kommen lassen, sondern er hat seine Pflicht getan, die ihm leider wieder einmal erspart wurde.

Von der Auslese der Begabten.

In der Versammlung des Lehrervereins am 20. April hielt Rektor Fette einen Vortrag über „Die Auslese der Begabten“. Es sei Pflicht des Staates, die besten Kräfte aus allen Schichten des Volkes herauszugreifen. Außer den bisher angewandten praktischen Mitteln sollte man auch die Mittel der jungen Experimental-Psychologie bei der Auslese heranziehen. Auch der Fragebogen muß bei der Begabtauslese angewandt werden. Denn Intelligenzprüfung allein kann nicht zum Ziele führen. Eine richtige Beurteilung ist nur möglich durch ein kombiniertes Verfahren. Wenn der Termin der Begabtauslese naht, ist die Aufstellung einer Begabtenliste notwendig. Erhebt ein Erziehungsberechtigter Einspruch, so hat eine Kommission das entscheidende Wort zu sprechen, während über die fürperliche Eignung eines in Vorschlag zu bringenden Kindes der Schularzt entscheidet. Die Schule stellt jedem Vorgesetzten ein Komitee zur Verfügung, aus „Eins“ oder „Zwei“. Der entscheidenden Kommission werden alle Zeugnisse seit Schulbeginn vorgelegt. Der Klassenlehrer muß seiner Vorgänger sowie seine eignen Beobachtungen angeben. Fragen des Fragebogens, für deren Beantwortung die nötigen Unterlagen fehlen sind nicht zu beantworten. Wie ein solcher Fragebogen ausgefüllt werden muß, zeigte ein von Fräulein Behrens mit großer Sorgfalt bearbeiteter Fragebogen. Wenn ein Kind von der Schule die besten Empfehlungen mitbekommt,

Der Schandfleck.

Roman von Sudwig Anzengruber.

(51. Fortsetzung.)

Unter dem Halsstuch befand sich ein Stuhl mit einer Schnur gehäcker Korallen, vorne künstlich in Baden vernebelt und rückwärts durch eine starke Schließe zusammengehalten. Magdalena stand erschreckt. „Das kann ich nicht annehmen, Bauer“, stammelte sie.

„Wißt mich beleidigen?“ brauste der auf.
„Um d' Welt nit.“ jagte sie, „aber sei g'heißt, das is all's z'viel, wie kum ich dazu und was tu ich damit? Mein Sonntagsgewand schauet danebn ein' Habern gleich, und wenn ich auch hält, was zu selb'm G'schmuß taugt — ich frag Dich, ob sich wohl zieren müßt, daß ich mich so trag?“

Der Grasbodenbauer fuhr mit der Hand nach dem Ohr, er streifte dabei die Krempe seines Hutcs, leht erst nahm er ihn ab und strich sich die Haare aus der feuchten Stirn. „Gast nit unrecht.“ jagte er, „aber vermeint ist Dir's einmal und gehalten müßt Dir's! Und mit der Zeit schiät sich wohl a Zeit, wo Du's auch würf fragen können; d' halt's nur auf bis dahin, wer weiß, wofür's gut is, aber z'ruckweisen darfst's nit, da täl't mein'm guten Willen übel.“

„So sag ich, vergelt's Gott für den und fürs G'schenke.“ Magdalena trat an ihn heran und haßte nach seiner Hand.
„Weileib.“ jagte er, „wirft mir doch nit wollen die Hand küssen, wo ich Dir bring, woran Dir d' Freud' aufsparen müßt! Ich hab, Gott's wahrhaftig, Schiät und Brauch un'fragt lassen und einkaufen, als ob's für die Bäuerin wär; no, mein, 's schwerer' Teil, was einer solchen aufliegen könnt', hast ja Du auf Dich g'nommen — er nitte gegen Bürgerl — „versteht mich wohl? Aber nun laß schau'n, ich möcht wohl probier'n, wie das Zeug paßt, ob ich mich in der Halsweifen nit verschaut hab und ob 's G'schloß fit schließt.“ Er legte ihr das Korallenband um den Hals und mühte sich, dessen Enden zusammenzufassen; bald begannen seine Arme zu zittern und er ließ beide Hände einen Augenblick auf den Schultern des Mädchens ruhen, dann hob er sie hastig und brachte es mit einem Griff zu Ende. Der Dorn sprang ein. Tief aufatmend richtete sich der Bauer in die Höhe und da stand er knapp an der Dürne und da ließ er die eine Hand über dem vollen Nacken liegen und mit der Rechten drückte er ihr Köpchen an seine breite Brust, sofort aber sanken ihm die Arme nieder. „Hab kein Arg.“ jagte er. „Gute Nacht!“

Silig verließ er die Kammer, man hörte, wie er über die Treppe hinabgelangte, unten seine Embentür öffnete und schloß und dann mit starken Schritten im Gemach auf und nieder schritt.

Während unten der Mann ruhelos auf und nieder schritt, stand oben das Mädchen eine geraume Weile, ohne sich zu regen. Es war ihr ärgertlich, daß sie ihm seinen Gutenachtgruß nicht zurückgegeben, um ihm zu zeigen, daß sie in der Tat kein Arg habe; wenn er ihr merken ließ, daß er ihr gut sei, so war er es ja doch nur — das wußte sie — Bürgerl's wegen —

Das Besinnere einer Lade, die Bürgerl aus dem Schrank zog, um ihren „Nachtguth“ aufzuheben, schreckte sie auf und sie jagte lächelnd: „Laß offen, ich leg' das Meins auch gleich dazu.“ Sie entlockte sich des Gescheides, faltete das Tuch zusammen. „So, da bleib mir sein liegen und komm mir mit weg. Bist ja mein G'schenke vom Grasbodenbauer.“ — Sag mal Bürgerl — wie lang ich schon bei Euch bin, weiß ich Dein' Vater nicht anders zu nennen — wie tut Ihr Euch denn schreiben?“

„Ist kein Geheimnis.“ lachte die Geirante, die sich mittlerweile entkleidet hatte. „Ich schreib' mich Walburga Engert.“

„Und Dein Vater?“
„Kaspar.“ jagte Bürgerl und schlüpfte unter die Decke. Blöthlich verstimmt die Tritte in der Stube unter ihnen, mit einem Schlage ward es stille. „Horch.“ rief Leni, sie ging nach der Tür, öffnete diese und lauschte. „Es wird ihm doch niz zug'stosen sein? Er is 's nit g'wöhnt.“

Das war, als der Bauer vor dem offen stehenden Fenster umherhielt, einen tiefen Atemzug tat und murmelte: „Keine Dummheiten, Kaspar! Gäng keinen Dummheiten nach.“ Dann nahm er seinen Gang wieder auf.

Oben schlöß sich die Tür. „Es ist ihm mg. Da bin ich recht froh.“ flüsterte Leni. Sie stupte und kehrte sich hastig nach Bürgerl. „Was hast denn? Mir scheint, Du bist lustig und lachst?“

Die Kleine gab keine Antwort, sie lag stille, die Decke bis an die Augen hinauszugezogen und lehrere geschlossen. Leni löschte das Licht und wieder hörte sie hinter sich ein unterdrücktes Stichern.

„Bürgerl!“
16.
„Na, war' nur, schlech's Menschenl, diesmal war's g'wich gelacht.“ ging es Magdalena durch den Sinn.
Worüber sie lachen mag?
„Da sieht man wieder, der alte Reindorfer ist halt geschick.“ jagten die Leute zu Rangenborf, „der hat den Müllerjungen

früher ausgefunden wie keiner, darum hat er ihm sein Mädel nicht gegeben. Man braucht auch nur zu bedenken, wie dem sein Vater war. Wahr bleibt doch: Art läßt nicht von Art, und der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.“

Dagegen dachte sich der also belobte Reindorfer, im stillen seinen Teil. „Sie bedenken's nicht,“ meinte er, „daß Art nicht von Art zu lassen braucht und doch anders sein kann, p'ropf' ich einen Bildung, so bleibt er der nämliche und trägt doch bessere Frucht, und sieht der Baum auf einem Hügel, so kann der Apfel gar weit vom Stamm rollen. Sprichwörter gelten auch nur von gleichem auf gleichen Fall und treffen nicht für allemal. hätten auch hier nicht einzutreffen gebraucht. Schad ist's, recht schäb!“

Der Florian war aber ein wüster Dursche geworden. Man hätte Weiber und Mädchen vor ihm, man warnte die Söhne vor seiner Händelsucht und Klauflust, er war in der ganzen Gegend gefürchtet, und er war stolz darauf.

Einige Lieberliche aus dem Ort und der Nachbarschaft, welche Gefallen an seinem Treiben fanden, gestellten sich ihm zu, und da er immer auch ihr Vergnügen noch zu überboten wußte, so ordneten sie sich ihm unbedingt unter.

Wo die Straße in entgegengesetzter Richtung von der Kreisstadt das Dorf verließ, stieg sie ziemlich steil die Hügel hinauf, und gerade auf der Höhe, von wo sie wieder talabwärts führte, stand ein kleines Wirtshaus, dort verjammelte Florian seine Getreuen.

Der Wald rüde knapp bis an die Straße vor, man sah unter den prächtigen Tannen und hatte einen weiten Ausblick in das Land. Heute lag die Gegend rings in mildem, heiterem Sonnenlicht, und zu der heiligen Stille über allem bildete die lärmende Begebenossenschaft unter den Bäumen, die leise ihre Wipfel schüttelten, einen argen Gegensatz.

„Ihr seid nur lieberlich,“ schrie Florian, „weil Ihr gesund und dabei jauch seid und nicht wißt, was Ihr anfangen sollt, damit Euch die Zeit auch ohne Arbeit vergeht. Sieben Dirnen zu gleicher Zeit nachsteigen, Euch vom Bauer ausjagen lassen, wo gar keine Bäuerin an Euch denkt, das haltet Ihr schon für einen Kapitalpaß; mich freu's nur, wo eine Teufel dabei ist. Einem Bauer zeigen, daß er auf seiner goldigen Ruß, die er jahrelang bis auf den Kern zu kennen meint, nur Kimmern fleht und daß sie taub ist — früher als der rechte Bub' bei einer Dirn' einsteigen und ihm Tag darauf, wenn er müd' noch oben-drein die Knochen zerschlagen, das ist so meine Unterhaltlichkeit!“

(Fortsetzung folgt.)

befonders einen solchen Fragebogen, so ist es dem F-Buge zugewiesen. Alle andern haben sich der Intelligenzprüfung zu unterziehen, dabei bedient man sich der Tests oder Stichproben, die man für die verschiedenen Altersklassen erachtet hat. Intelligenzalter durch Lebensalter ergibt den Intelligenzquotienten.

Für die Intelligenzprüfung sind die Kinder in Gruppen bis zu 25 einzuteilen. Die Versuchsbedingungen müssen so weit als menschenmöglich durchwegs gleich sein. Durch die Auswahl der Aufgaben müssen wirklich neuartige Anforderungen an die Schüler herankommen. Statt des sinnlosen muß sinnvoller Stoff ausgewählt werden. Nach Beendigung der Intelligenzprüfung beginnt für die Kommission die mühsame Arbeit des Durchsehens der Arbeiten und die Aufstellung der Rangordnung. Das gewonnene Material empfängt der Aufnahme-Ausschuß. Die Ergebnisse der Experimental-Psychologie sollen mit dem Lehrerteil übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, so muß man beide Weile in Uebereinstimmung zu bringen versuchen. Das Lehrerteil ist entscheidend. Der sojag am ausgefüllte Fragebogen kann manchem Schüler, der in der Intelligenzprüfung vielleicht vor Aufregung schlecht abgeschrieben hat, zum Anwalt werden und als Mitter dienen. Die Auslese der Schüler aus der großen Menge der Volksschüler ist außerordentlich verantwortlich. Alle Mittel, die sich dem Lehrer bieten, müssen dazu benutzt werden!

Die Verammlung nahm folgenden Antrag an:
Der Magdeburger Lehrerverein bittet die städtische Schulverwaltung, eine Anzahl von Lehrkräften nach Hamburg (Pädagog. Laboratorium) zum Studium der Begabungsforschung zu senden.
D. G.

Ein Mahnwort.

Ein Parteigenosse schreibt uns:
Unsere heimatischen Organisationen für die Angehörigen der Abstammungsgebiete mühen sich ab, Erleichterungen für die nach dort Reisenden zu schaffen. Die Stimmung für die deutsche Kultur wird durch Vorgänge, die ich als Leiter eines Transports von Düsseldorf aus beobachten konnte, nicht gefördert. Auf dem Bahnhof Wanne (Westfalen) standen Hunderte von Abstammungsberechtigten, die in dem schon überfüllten Zug untergebracht werden wollten, darunter viele, die überfüllte Züge vorüberfahren lassen mußten, da sie mit Gepäck und Kindern nicht hineingewaltsamt werden konnten. Um den Rest mitnehmen zu können, räumte ich von meinen zwei Wagen eine Abteilung, was von den Leuten mit Dank aufgenommen wurde. Auf der Fahrt bis Hannover mußten viele in der Unbill des Wetters auf den Bahnhöfen liegenbleiben. Das Fahrpersonal trifft hier wohl keine Schuld, obwohl es nicht angenehm klingt, wenn es heißt: „Nehmen Sie mit dem nächsten Zuge!“ Empfindend war aber folgendes: Der Zug, der mir bis Hannover fahren sollte, mußte der vielen Reisenden wegen durchfahren bis Berlin. Meine beiden Wagen mußten den Schlaf machen. Kurz vor der Abfahrt des Zuges forderten die Schaffner die Räumung des Abteils. Die Leute beüllten sich, ihre Habfeligkeiten herauszubekommen. Raum war ein Teil der Sachen draußen, da sich der Zug los. Etwa 30 Personen standen in der Nacht — es war 1 Uhr — und sahen Frau und Kind fahren. Das hätte nicht geschehen können, wenn sich der Fahrdienstleister orientiert hätte; die Leute wären alle mit gekommen.

In Debitfeld werden meine Wagen abgehängt. Ich gehe in das Nebenabteil, da sitzt eine Frau, ein 10 Wochen altes Kind auf dem Arme, zwei Kinder von 6 bis 8 Jahren zur Seite, einen großen Koffer als Gepäck. Sie weint. Zwei Stationen vor Debitfeld hätte man sie aufgefördert, den Wagen zu räumen. Die übrigen und ihr Mann seien mit einem Teile der Sachen aus dem Wagen herausgenommen, während sie und ihre Kinder nicht dazu kamen. Der Mann in der andern Station, sie mit den Kindern hier. Ein Grund für die Räumung des Abteils konnte nicht entdekt werden.

Verwilligt brachten dann Bahnarbeiter den Korb nach dem Wartesaal, wo die Frau von 3 Uhr 30 Minuten bis 8 Uhr auf ihren Mann warten konnte. Durch die Gast hatte eine Familie die Brieftasche mit Paß und Lebensmittelbezeichnung liegen lassen. Nachdem ich dem diensttuenden Beamten die Sachlage geschildert und ihn gebeten hatte, beim nächsten Zuge den Verlierer zu suchen, sagte er nach einigen Sekunden zu:
Durch solche Behandlung auf der Reise zur Abstimmung schlagen die besten Einbrüche und Wäskten in Verzögerung um. Man treibt die Leute in die Arme der Deutschenhaffer. Darum ruf ich den Bahnbeamten zu: Nehmt Rücksicht auf die mühsame Kleinarbeit für die Erhaltung wertvoller Bezirke für unser Vaterland und verberbt die Stimmung nicht durch kleinliche falsche Maßnahmen!

Sozialdemokratischer Verein. Für den Bezirk Nord findet am Mittwoch den 5. Mai, abends 7 Uhr, eine Mitglieder-Versammlung statt, in der zur Generalversammlung Stellung genommen werden soll.

Öffentliche Jugendversammlung in Graau. Am Freitag abend 7 Uhr findet im Lokal von Eisfeld in Graau, Simonstraße, eine öffentliche Jugend- und Elternversammlung statt, in der Genosse O. L. Bauer über die Erziehung der Organisierung der arbeitenden Jugend sprechen wird. Die schulentlassene Arbeiterjugend und die Arbeiterkinder müssen an dieser Versammlung teilnehmen.

Die Stromlieferung vom Elektrizitätswerk aus nach der Wilhelmstadt muß wegen dringender Reparaturarbeiten im Hochspannungslabellay am Mittwoch von morgens 9 Uhr bis mittags 2 Uhr unterbrochen werden.

„Der Tag der Nichtstuer.“ Diese feine Ueberschrift gibt die hiesige „Tageszeitung“ ihrem Bericht über die Magdeburger Maiseier. Das saubere Wort gibt dann eine halbe Spalte Lebensarten, denen man deutlich den Karger darüber anmerkt, daß die Maiseier der Arbeiter gut gelungen ist. Es ist also mit einiger Genugtuung zu konstatieren, daß die „Tageszeitung“ ergrimmt ist und ihren Grimm nicht verschweigt.

Zur Neuwahl eines Stadtrats schreibt der Reichsbund deutscher Technik Ortsgruppe Magdeburg: „Dem Vernehmen nach scheidet Stadtrat Mueller am 1. Juni aus seiner Stellung aus. Nach den bisherigen Vorzügen ist anzunehmen, daß für diesen Posten in erster Linie parteipolitisch gebildete Persönlichkeiten oder juristisch vorgebildete Verwaltungsbeamte herangezogen werden. Dagegen erhebt der Reichsbund deutscher Technik seine warnende Stimme, denn es handelt sich in der Hauptache um die Leitung wichtiger werdender Betriebe (Gas-, Wasserwerk, Kieselsteiner, Luftfahrwesen) auch das Elektrizitätswerk dürfte bei einer der Zeit entsprechenden Neueinteilung der Dezernate noch dazu kommen. Hier darf nicht Politik oder juristische Vorbildung, sondern es muß technisch-wirtschaftlicher Geist, umfassende durch lange Praxis erworbene Sachkenntnis als wichtigste Vorbedingung gefordert werden. Das haben Städte, die eine glänzende technisch-wirtschaftliche Entwicklung genommen haben, wie zum Beispiel München, Kiel, Dusseldorf, Hagen und andre mehr getan und sind gut dabei gegangen. Im weitesten Interesse der großen Industriestadt Magdeburg liegt es daher, wenn bei der Besetzung dieses Stadtratspostens in erster Linie technisch-wirtschaftlich hervorragende Persönlichkeiten berücksichtigt werden.“

Wzu bemerkt sei, daß auch die sozialdemokratische Fraktion die persönliche Eignung für das Ausschlaggebende ansieht, nicht die formale juristische Vorbildung. Insbesondere hält sie es auch für zweckmäßig, daß technisch-wirtschaftlich vorgebildete Persönlichkeiten in der Stadtverwaltung tätig sind. Was die Warnung vor dem „Parteimann“ betrifft, so muß schon gesagt werden, daß die Träger wichtiger öffentlicher Verwaltungssämter auch politisch zuverlässig sein müssen. Wenn das nicht der Fall ist, so kann es zu sehr erheblichen Konflikten kommen.

Die Holzarbeiterbewegung. Wir erhalten folgende Entgegnungen:

Zu dem Artikel „Zur Aussperrung der Holzarbeiter“ muß zunächst festgestellt werden, daß die Angaben des Holzarbeiterverbandes, er habe mit dem Schreiben vom 2. April d. J. eine Schlichtungskommissions-Sitzung verlangt, nicht zutreffen. Eine solche ist in dem angegebenen Schreiben vom Holzarbeiterverband nicht gefordert worden und konnte daher von uns auch nicht abgelehnt werden. Wir vertreten aber auch heute noch den Standpunkt, daß, wie in unserm Schreiben vom 13. April d. J. ausdrücklich hervorgehoben ist, eine örtliche Schlichtungskommissions-Sitzung so lange unzulässig ist, wie zentrale Verhandlungen schweben. Sodann behauptet der Artikelschreiber, daß, als der Streik bei Garzlin auszubrechen drohte, vom Holzarbeiterverband verlangt wurde, der Sache durch Ansetzung von Verhandlungen voranzugehen. Wir stellen demgegenüber fest, daß eine Schlichtungskommissions-Sitzung erst verlangt wurde, nachdem der Streik bei Garzlin bereits ausgebrochen war.

Trotz des Unrechts dieses Streikes, der sowohl gegen § 74 des Reichsarbeits für das deutsche Holzgewerbe als auch gegen die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes verstößt, ist das Gegenteil der Behauptung des Artikelschreibers, es sei vom Schlichterbandvorstand nichts geschieden, richtig. Wir haben bereitwillig 60 Pf. Lohn pro Stunde als Abstrich zahlen wollen und weiter in einem Schreiben an den Deutschen Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Magdeburg, vom 15. April darauf hingewiesen, daß betr. der endgültigen Höhe des Teuerungsaufschlags abzuwarten sei, was die in Berlin stattfindenden Verhandlungen der beiderseitigen Zentralverbände ergeben würden. Wenn der Holzarbeiterverband sich uns Vertragsbruch barwirft, so läßt er leider unerwähnt, daß dieser erst erfolgte, als Abwehr gegen den vom Holzarbeiterverband bereits vollzogenen Bruch des Reichsarbeitsvertrags.

K. Lebr. Wolff jun.,
Geschäftsführer des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

In Erwiderung des in Nr. 102 unter „Zur Aussperrung der Holzarbeiter“ erschienenen Artikels stelle ich hiermit fest, daß in meinem sogenannten Flugblatt nicht eine einzige Unwahrheit steht, was ich beweisen kann.

Das macht doch nichts aus — die 5 Pfennig! So sagte auf dem Wochenmarkt eine Dame, als sie erfuhr, daß an zwei Verkaufsstellen die Leute „ankommen“, weil dort die Eier, welche an den andern Stellen 140 Mark lohten, mit 1,35 Mark verkauft wurden. — Das macht doch nichts aus, denken viele, die es sich leisten können, denen Krieg und Leber auch Nachkriegszeit die Gewinne nur so in den Schoß werfen. Auch manch andre denken sich dabei nichts, wenn sie für 20 Eier 1 Mark mehr zahlen, summt, gleichgültig, ob danklos laufen sie, zahlen auch auf dem Markte jeden Preis. Und doch könnte hier das Publikum bei etwas Zurückhaltung und Abwarten auch schon ein wenig die Preise korrigieren! Denn dem arbeitslosen Teile der Familien macht es etwas aus, ob sie 5 bis 10 Prozent beim Einkauf von Lebensmitteln sparen. Wie es mit Eiern ist, die neulich sogar um 10 Pfennig pro Stück auf dem Markte im Preise differenziert, ist es mit Gemüse und allem andern. Etwas Zurückhaltung ist angebracht — nicht jeden geforderten Preis ohne weiteres zahlen!

Die Ortsgruppe Magdeburg des Hilfsbundes für die Elbstadtler im Reich veranstaltet zu Gunsten ihrer vertriebenen Mitglieder am 6. Mai von nachmittags 5 Uhr ab in Kreuzstraße 10 einen Unterhaltungsabend. Neben Vorträgen erweiter und heitler Art und elstischen Dialektvorträgen gelangen die elstischen Bauerntänze von Kessling zur Ausführung, die von Damen der Ortsgruppe gelangt werden.

Die Zerpflücker in der Angestelltenbewegung. Vom Bunde der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Magdeburg, wird uns geschrieben: Am Mittwoch den 28. April wurde hier in Magdeburg der Versuch unternommen, eine Ortsgruppe des sogenannten „Neuen deutschen Technikerverbandes, S. B. E.“, der auf christlich-sozialer Grundlage aufgebaut sein will, zu gründen. Herr Richter vom D. S. W. hatte es unternommen, den Geladenen die Zweckmäßigkeit der Neugründung in recht schmachtigen Worten darzulegen. Seine Ausführungen äpfelten hauptsächlich darin, den der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Gewerkschaften parteipolitisch-sozialistische Ziele unterzuziehen. Herr Zander vom Bunde der technischen Angestellten und Beamten wies diese Verabulungen betreffs parteipolitischer Tendenzen und die der Via untergeordnete Schuld an dem zustande gekommenen faulen Betriebsrätegesetz zurück. Herr Weber vom Bunde geißelte in scharfen Worten die Tendenz des neuen Deutschen Technikerverbandes nicht eine Trennung, sondern eine Zusammenfassung aller technischen Angestellten in die Einzelorganisation des Bundes der technischen Angestellten und Beamten kann die wirtschaftliche Lage des einzelnen sowie der Allgemeinheit besser. Herr Richter verfuhr durch Zwischenbemerkungen die Situation zu retten. Es wurde nun versucht, die Debatte durch Liebergeben zum zweiten Punkte der Tagesordnung abzubrechen und forderte man die nicht eingeladenen Herren auf, das Zimmer zu verlassen, um zu retten, was zu retten war. Herr Schulz vom Bunde geißelte noch die antisemitische Richtung des neuen Verbandes. Die anwesenden Bundesmitglieder verließen darauf das Sitzungszimmer und nur 13 Gäste blieben zurück. Ob die Gründung vorgenommen worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Allen technischen Angestellten rufen wir aber zu: Schließt euch dem Bunde der technischen Angestellten und Beamten als Einzelorganisation an, denn nur diese, eine starke Organisation, kann eure Interessen richtig vertreten. Die Neugründung des Technikerverbandes dient den Interessen der Arbeitgeber und schadet der gesamten Angestelltenchaft. Nicht Trennung, sondern Zusammenfassung aller technischen Kräfte hebt die wirtschaftliche Lage des einzelnen sowie der Allgemeinheit. Geschäftsstelle des Bundes: Knochenhauerufer 58/59.

Ein mehrwöchiger Arbeitsvertrag. Vom Schneiderverband wird uns geschrieben: Im März 1920 wurde vom Arbeitsamt der Stadt Magdeburg mit der Firma Jante, Lampenfabrik, Große Diedericher Straße 203, ein Vertrag abgeschlossen. Hiernach erhielt Herr Jante am 17. März eine Näherin und am 22. März zwei Näherinnen. Diese haben für Herrn Jante 4 Wochen gratis zu arbeiten oder, wie man sich im Vertrag beliebt auszudrücken, zu lernen. Als Entschädigung erhielten sie von der Stadt Arbeitslosenunterstützung, von der 5. bis zur 8. Woche einen Zuschuß von 80 Pf. pro Stunde, von der 9. bis zur 12. Woche 60 Pf. pro Stunde, von der 13. bis zur 16. Woche 40 Pf. pro Stunde. Hier verlangt ein Arbeitgeber Näherinnen zum Anlernen für Seidenfirmen. Wie kommt das Arbeitsamt dazu, gelehrte Schneiderinnen nochmals in die Lehre zu schicken? Gäte das Arbeitsamt Fachleute zu Rate gezogen, so wären derartige Verträge nicht möglich. Fachleute hat das Arbeitsamt in der Arbeitsnachweiskommission, außerdem sind zwei Fachleute als Vermittler tätig, die die Interessen der Stadt besser vertreten hätten, indem sie dem Arbeitgeber auseinandergesetzt hätten, daß zur Anfertigung von Seidenfirmen eine Schneiderin nicht nochmals lernen muß, sondern ohne gratis zu arbeiten und ohne die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen, sich sehr schnell einarbeiten kann. Herr Jante hat es dann allerdings nicht nötig, auf Forderungen der Verband der Schneider und Schneiderinnen eingezugeht, zu antworten, er bekommt ja 25- bis 30jährige Witwen als Lehrlinge gestellt.

Eine unberechtigter Gehalt. Mit dem 1. Mai d. J. sollte an den hiesigen Volks- und Bürgerschulen Unterricht in Stenographie erteilt werden. Es hatten sich mehrere Lehrer zur Erteilung des Unterrichts bereit erklärt. Nun erscheint es aber wünschenswert, einen Nachweis über diese Befähigung zu besitzen. Daher wurden die betreffenden Lehrer aufgefordert, am Dienstag den 4. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Grande-Zimmer der hiesigen Handelskammer zu erscheinen, um dort eine Prüfung abzulegen.

Dieses besteht in einem Diktat von 80 Silben pro Minute und Korrekturfahren. Eine Prüfungsgebühr von 5 M. ist in der Kasse der Handelskammer vorher zu hinterlegen. Es erscheint doch ganz sonderbar, daß Lehrer, die sich freiwillig zur Verfügung stellen und im Interesse der Stadt tätig sein wollen, auf eigene Kosten in die Prüfung ablegen sollen. Da eine große Anzahl der Lehrer, die sich gemeldet haben, bereits längere Jahre stenographischen Unterricht erteilt, ist bei den meisten eine Prüfung überhaupt unnötig. Es werden nun wohl die meisten Lehrer ganz mit Recht auf Erteilung dieses Unterrichts verzichten.

Gehtöhlen aus einer Schreibstube am Breiten Weg Schreiermaschinen „Smith-Bremier“ Nr. 71853 und „Mignon“ Nr. 105994; aus einer Wohnung in der Tanagermühler Straße Damenhemden (bes. E. S.); Fahrrad „er Colomba“ Rahmen und Felgen schwarz, an letzteren rote Streifen in der Kabinstraße, „Trottopp“ Nr. 600844 mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, auf der Halberstädter Straße, ohne Marke, Rahmen und Felgen schwarz, neue Gummi- bereifung, aus einem Haus für in der Kaiserstraße; aus einem Keller in der Ansburger Straße Steinböcke mit 200 Eiern und andre Lebensmittel; von einem Hofe in der Mauerbeistraße ein Malten- und ein Handletterwaagen; aus einer Wohnung in der Neuen Straße ein brauner Zedeltisch.

Platingegenstände im Werte von 60 000 Mark sind in der Zeit vom 24. bis 26. v. M. aus einem auswärtigen Fabrik-Laboratorium gestohlen worden, als: vier kleine Schalen 9.7, 10.8, 20.8 und 64.2 Gramm schwer, zwei Schüsseln 2.3 und 6.2 Gramm schwer, drei Tiegel 74.5, ein Spatel 12.5, ein Komus für Filterl, Draht und Drahtenden 61, Blech 4.9, eine Elektrode (Draht 2 Millimeter, Blech 0.1 Millimeter) 99, zusammen 820.5 Gramm schwer; außerdem ein Silberriegel 78 Gramm schwer. Angaben, die zur Ermittlung der Täter oder dem Verbleib der gestohlenen Sachen führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 68 Vernehmung ist zugesichert.

Motor gestohlen. In der Nacht zum 27. v. M. ist in einer Industrieanlage der Umgebung ein elektrischer Motor N. G., Nr. 271, Modell V/1000/5, P. S. 5.3, Ampere 16.5, Umdrehung 150, Gewicht 5 bis 6 Zentner, gestohlen worden. In demselben befindet sich eine Nietenmaschine von 260 Millimetern Durchmesser für 100 bis 120 Millimeter Nietenbreite.

Gestohlen wurden: der Schankwirt Karl Wegel aus Ludwigslagen, welcher während der Fahrt in einem Eisenbahnwagen die Kasse von den Gepäckträgern abgenommen und gestohlen hat; der Dreher Gustav Budde, der mit einem arbeitslosen Posten gestohlener Schokolade, Kaffee und Selb betroffen wurde.

Verloren. In der Döberstraße oder Mollensteiner Straße ist von einem Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Mappe, enthaltend sieben Vertrauensmarken à 300 Mark und 1 Marke à 150 Mark, verloren worden. Es wird der Finder gebeten, die Mappe im Bureau, Große Mühlstraße 3, 1. Etage, abzugeben. Der Vertrauensmann ist ein Arbeiter, der für den Verlust selbst aufkommen muß.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

- Sozialdemokratischer Verein.**
Bezirk Magdeburg Süd, Mittwoch den 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Bezirksfunktionäre und Betriebsvereinsfunktionäre der S. D. D. bei D. Galtze.
- Jugendvereine der Jungsozialisten (Jugendgruppe der S. D. D.).**
Am Freitag abend 7 Uhr findet im Jugendheim Genosse Burgard, Breitenstraße 10, eine Besprechung statt. Die kommende Reichstagswahl, alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, teilzunehmen.
- Bundesabend der Jugend.** Am Sonntag den 9. Mai findet im Viktorienkeller ein Bundesabend der Jugendorganisationen statt. Die Parteigenossinnen und -genossen werden um rege Beteiligung ersucht. Karten im Jugendsekretariat und bei den Jugendfunktionären.
- Arbeiter-Jugendbunde Magdeburg.**
Allgemeine Versammlung:
Bundesabend am 9. Mai. Genossinnen und Genossen! Werbt und werbt für unsere Jugend! Am 9. Mai im Viktorienkeller. Die Veranstaltung muß ein neuer Erfolg werden!
Am Freitag abend 7 Uhr (nicht Mittwoch) Probe zum Elternabend bei S. O. H. Tischlerstraße 22. Alle herzlich willkommen.
Am Sonntag abend 7 Uhr bei S. O. H., Tischlerstraße 22 (nicht im Jugendheim), große Funktionärsprüfung. Kein Funktionär darf fehlen.
- Versteigerung von Auktionsgegenständen.**
Bezirksgruppe A. K. R. u. K. D.: Am Mittwoch abend 7 Uhr nach dem Schillerbrunnen. Abmarch 7 Uhr vom Agnetenplatz. Musikinstrumente mitbringen.
Bezirksgruppe Buchau O. K.: Am Mittwoch abend 7 Uhr in der Mädchenstraße Kassenstraße Zusammenkunft.
Bezirksgruppe Neue K. u. K. D.: Am Mittwoch abend 7 Uhr in der Schule Anfassungstraße 76 Eleberabend.
- Diebstahl.** Mittwoch abend 8 Uhr bei Pfl. Vortrag des Genossen Voigt (Magdeburg): Was ist Sozialismus?
- Diebstahl.** Mittwoch abend 8 Uhr Verammlung bei Pfl. Bezirksjugendsekretär Voigt spricht.

Theater, Konzerte etc.

- Stadttheater.** Am Montag sang Hauptmanns „Verfunktene Glocke“ vor einem vollen Hause aus der Tiefe des stillen Westens herauf die Klänge führten, die Vermittlung zwischen Märchen und Wirklichkeit festsetzte die Zuhörer. Der Held büßt seinen verwegenen Höhenflug aus der Unbürgerlichen Welt zur Sonne der Naturerleuchtung und Menschenverbrüderung mit dem Untergang, die Zuhörer fanden dies Ende durchaus gerecht, soweit sie sich des Ringens in dem zweipoligen Blockengeheer Heinrich überhaupt bewusst wurden. Es gebt diesem Heinrich wie allen Hauptmanns Genossen: sie kommen mit schwachen Springseilen zur Welt und finden sämmtlich ein, wo sie aufschwimmend vorwärts schwimmen müssen. Hauptmanns Seiden handeln nicht, sondern sie durchden. Ihre Darsteller sind daher gezeugt, ihre Zubehörmittel in die Deflation und die Geste zu verlegen. Paul Rudolf Schulte verlegt über diese Mittel. Mit knochen Worten, die bewegen und mitteilen, bringt er uns das Gesicht des Mannes nahe, der eng gebunden zur Einheit und zum Gipfel strebt und der an seiner inneren Schwäche scheitert und abfällt. Charlotte Berger plant als Rauteudentin das Gegenstück in die Herzen. Sie reißt den Schwächen zum Entschluß empors, hält ihn in neuen Höhen leben aufrecht und muß ihn schließlich doch verlieren, wie die irdische Magda ihn verloren hat. Hauptmanns Seiden sind auf die Dauer nicht zu gewinnen; sie zerbrechen in jedes Weibes Hand. Charlotte Berger stand auf der Höhe ihrer Kunst. Geniend in der Erscheinung, hingebend als Lebende, von elstischer Zartheit in den Bewegungen, erklimmte sie den Gipfel ihres Könnens im letzten Akt, den sie durch Stimme, Ausdruck und Spiel zur Höhe seiner Menschlichkeit emportrau. Die Zuhörer waren tief ergriffen, als sich der Vorhang zum letztenmal zusammenzog und das rührendste liebliche Rauteudentin sich aufrichtete, wieder hinabzufahren in ihr väterliches, süßes Märchenstübchen. — Die übrigen Kostenträger taten ihr Bestes zum Gelingen. Fris Schmitz als Nebenmann, Albert Friedrich als Pfarrer und Eise Landorv als Magda seien besonders genannt. Die vier ersten Verzeihen. Sie tanzten ihren Ringelreihen wie Schalkinder auf der Straße und was noch schlimmer: sie beachteten dieselbe Einseitigkeit in Sprache und Betonung, die man von Kinderpietäten her kennt. Es zauberten daher kein Märchen, sondern sie zerrissen das feine Gespinnst, das sich um die Pflanztafel der Söhne legte.
- Einen Abgabeband** veranstaltete Robert Komme am Montag im „Soffier“. Bei der Velleitheit, der sich Operettentende allgemein beim Stammpublikum ihrer Theater zu erfreuen pflegen und der auch der scheidende Künstler reichlich begegnet war, konnte auf ein volles Haus gerechnet werden. Wirklich war der große Saal voll besetzt. Das ganze Wilhelm-Theater-Publikum war erschienen, um noch einmal ihren Schwarm und seine künstlerischen Streuten zu hören. Da ein buntes Mädel aus klassischen und modernen Operetten geboten werden sollte, so gab es neben Liebesdrammen bekannte Brauwerkstücke, die ihren Zweck nicht verstehen konnten. Gültig Mitwirkende waren die Partnerinnen Robert Komme, Gretl Sidler, Magart Rubsch und Edith Maerker. Alle Nummern des umfangreichen Programms gefielen außerordentlich und wurden sehr überaus ausgezeichnet. Wer sich ganz auf den Operetten-Kunstgenuss mit seinen Wünschen und Gefühlen eingerichtet hatte, der empfand es doppelt angenehm, daß alles im Rahmen geblieben, geungen und getanz wurde. Will Wohl beglückter am Festgel. Erudem es sich um ein Abgabeband mit künstlerischen Charakteren handeln sollte, darf doch die Kritik als solche wohl nicht in Erscheinung treten. Denn eigentlich war das Ganze mehr ein Fest des Wilhelm-Theater-Publikums, in dessen Mittelpunkt seine eigenen Operetten-Solisten standen. Lobesvergen gab es in einer Fülle, die nur durch ein paar Saufenmarkttheine zu erreichen war. So schwebt, den Härten und andauernden Beifall mit eingerechnet, ein Magdeburger Operettentenor vor seiner Wirkungsgäste.
- Verstellungen der Direktoren.**
Städtisches Theater. Stadttheater: Heute Mittwoch 6 1/2 Uhr „Maria Stuart“, Donnerstag „Fidelio“, Freitag „Cavalleria rusticana“, hierauf „Salazzo“, Sonnabend „Doktor Klaus“, Sonntag, Dienstag und Donnerstag „Parfais“, Wilhelm-Theater: Heute Mittwoch und Sonntag „Welt ohne Männer“, Donnerstag „Kater Lampe“, Freitag „Pfarrer von Rischfeld“, Sonnabend „Jugend“, Städtisches Theater. Mittwoch, 5. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, viertes Konzert B im Zentraltheater. Öffentliche Hauptprobe vomnittags 11 Uhr im Stadttheater. Leitung: Kapellmeister Dr. Max. Söllittin: Frieda Knapf-Sodapp, Berlin, Klavier. Eintrittsk. 6. Heinrichshafen, Vert. Verkehren, u. Theaterkasse.
Stenographische Magdeburger Stenographenvereine nach Stolze-Schrey. Beginn eines neuen Anfängerlehrgangs Dienstag den 11. Mai abends 8 Uhr in der Schule Wandenburger Straße 8. — 1017

18. Verbandstag der Schuhmacher.

k. Nürnberg, 30. April.

Der Verbandstag tagte vom 25. bis 30. April in Nürnberg. Den Geschäftsbericht erstattete Verbandsvorsitzender Simon. Erwähnenswert sind seine Ausführungen über die Organisationsverhältnisse im Schuhmachergewerbe. Danach sind 80 Prozent in der freien Gewerkschaft organisiert, 8 Prozent in den christlichen und 14 Prozent in den kirchlich-Dückerischen Gewerkschaften. Simon machte noch interessante Ausführungen über die Frauen- und Jugendarbeit. Heute würde das Schuhmachergewerbe circa 55 000 Frauen und 25 Prozent Jugendliche beschäftigen. In vielen Orten habe sich eine Lehrtätigkeit ausgebildet, die mit allen Mitteln bekämpft werden müsse.

Rönig (Nürnberg) gab den Kassenbericht, nach dem das Verbandsvermögen heute 8 492 318,82 Mk. beträgt. Hauptbesprechung wurde die Angelegenheit bezüglich der Fachzeitung, die die Kollegen sehr stark beschäftigt habe. Redakteur Wod hätte den Wahlaufruf der U. S. P. nicht in das Fachblatt bringen dürfen. Es sei erfreulich, daß alle Verbandsinstanzen, auch der Vorstand, Stellung dagegen genommen haben. Zum Reaktionsbericht führte Wod (Gotha) aus, daß er jeder politischen Meinung im Fachblatt Rechnung getragen habe. Die Zeiten der politischen Neutralität der Gewerkschaften seien vorbei, dazu seien die wirtschaftlichen Fragen viel zu eng mit den politischen verknüpft. Ein freudiges Omen sei die neuerliche Orientierung des Gewerkschaftsbundes nach links. Das Gebot der Stunde sei, die Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung zu wahren.

Die darauffolgende Debatte über den Geschäftsbericht bewegte sich im politischen Fahrwasser. Bei der Abstimmung wurde gegen 88 Stimmen, ein Antrag Leipzig angenommen, der die Haltung der Redaktion und der Zeitung während der Kriegszeit billigt. Einstimmig angenommen wurde der Zusatz, daß auch in der Zukunft der Verband im Sinne des Klassenkampfes geleitet wird. Weiter wurde beschlossen, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongress sich zur Wahl stellen müssen, während der Verbandsvorsitzende und der Redakteur, ohne sich zur Wahl zu stellen, daran teilnehmen sollen. Den Frauen und Jugendlichen wie auch den Betriebsräten soll im Fachblatt selbst mehr Rechnung getragen werden.

Am dritten Verhandlungstag referierte Gauleiter Götzmann (Nürnberg) über die Frankfurter Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Reichslohntarifs für die Schuhindustrie. Er sagte, daß infolge der über die Schuhindustrie durch den Preissturz auf dem Gütermarkt herabgebrachten Krise ein ungünstiger Stern über den Verhandlungen stand. Trotzdem sei es gelungen, die zahlreichen Verschlechterungsanträge der Fabrikanten zurückzuweisen und den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserungen der Löhne herbeizuführen. Nach einer regen Aussprache wurde dem Reichstarif einstimmig zugestimmt. Desgleichen wurde ein Beschluß gefaßt, daß bei Abschluß von Tarifen dahin gewirkt werde, daß die gesetzlichen Feiertage wie die Arbeitstage erhöht werden.

Über die Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaften hielt Gauleiter Reg (Stuttgart) ein Referat. Das Betriebsrätegesetz entspreche nicht im engersten Sinne den Wünschen und Anforderungen der Arbeiter. Der Verbandstag solle sich zum System der politischen Arbeiterräte bekennen. Die Arbeitsgemeinschaften würden dazu benutzt, die kapitalistischen Bestrebungen zu verschleiern und die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft hintenanzuhalten. Reg plädiert deshalb für Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes Cohen (Berlin) wandte sich gegen diese Ansicht. Das Betriebsrätegesetz bringe gegenüber den Arbeiterräten wesentliche Vorteile, man müsse nur das Gesetz ohne Vorurteile betrachten. Die Arbeitsgemeinschaften würden das Instrument sein, was man aus ihnen zu machen verstehe. Sie bildeten ein Glied in der Maschinerie des von uns gewollten Ziel, der Verwirklichung der Arbeitermacht. Man dürfe auch nicht vergessen, daß durch die Arbeitsgemeinschaften schon manche Vorteile für die Arbeiterschaft herausgeholt worden seien, wie bei den Textilien, Fabrikarbeitern, Verarbeitern, bei denen dadurch überhaupt erst die Schaffung eines Tarifvertrags ermöglicht worden sei. Aus all diesen Gründen warnt Cohen vor Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft.

Nach einer ausgedehnten Diskussion über die beiden Referate nahm der Verbandstag eine Entschließung an, die im wesentlichen bejagt: Der Verbandstag erhebt die Forderung auf unverzügliche Revidierung des Betriebsrätegesetzes in dem Sinne, daß der Arbeiterschaft gleichberechtigtes und entscheidendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Einstellung und Entlassung von Arbeitkräften, Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Arbeitern, Zahl und Ausbildung von Lehrlingen, Art und Umfang der Produktion, Kontrollrecht über Eins- und Verkauf von Rohmaterial und Fertigfabrikate und Preisfestsetzung hierfür. Der Verbandstag stellt sich auf den Boden des Klassenkampfes und ist deshalb Gegner der Arbeitsgemeinschaft. Der Verbandstag erkennt wohl an, daß die Verbandsleitung wohl nur im Interesse der Arbeiterschaft und in dem Bestreben, auf diesem Wege den Standpunkt der Arbeiterklasse gegenüber den kapitalistischen Einflüssen auf Regierung und Gesetzgebung zu vertreten, den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft vollzogen hat. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand und Beirat, die Frage des Austritts aus der Arbeitsgemeinschaft zu prüfen und zu gegebener Zeit durchzuführen.

Am fünften Verhandlungstag hielt Verbandsvorsitzender Simon ein Referat über die Verschmelzungsfrage in den Lederverarbeitenden Berufen. Schon die neuerdings stark in Erscheinung tretende Verschmelzung der Leder- und Schuhfabriken zwingt zu einer Konzentration der in diesen Industrien arbeitenden Berufe. Auch wäre dadurch die Kontrolle über die Rohprodukte und Verteilung der Ware eher möglich. Verbandsvorsitzender Mahler von den Lederarbeitern sagte, daß auch sein Verband im Prinzip damit einverstanden sei. Es wurde dann einstimmig eine Resolution angenommen, in der der Verbandstag empfiehlt, sich zu einem großen und starken Industrieverband aller Lederarbeiter zu verschmelzen, und der Vorstand darauf beauftragt wird, mit den übrigen Verbänden zu diesem Zwecke sofort in Verbindung zu treten. Weiter wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Kollegen unterliegt, daß sie nach Leistung ihrer stündigen Arbeitszeit noch Nebenarbeit ausüben, da dadurch eine große Schädigung der Kollegen im Handwerk erfolge.

Bei der Statutenberatung wurden folgende Beitragsätze angenommen: Klasse 1 3,50 Mark, Klasse 2 2,75 Mark, Klasse 3 2 Mark, Klasse 4 1 Mark. Von den Unterstützungen wurde besonders die Streikunterstützung bedeutend erhöht. Diese beträgt je nach Klasse und Mitgliedschaftsdauer 24 bis 105 Mark pro Woche, die Arbeitslosen-Unterstützung 6 bis 21 Mark die Woche, die Krankenunterstützung 3 bis 10,50 Mark die Woche. Als Wöchnerinnenbeihilfe wurde eine einmalige Unterstützung von 20 Mark festgesetzt. Arbeitslosen-, Reise- und Unzulagenunterstützung und Sterbebeihilfe wurden ebenfalls entsprechend erhöht. Bei der Wahl zum Vorstand wurden Verbandsvorsitzender Simon, 1. Kassierer Neuf, 2. Kassierer König, Ausschussvorsitzender Haupt (Magdeburg) einstimmig wiedergewählt. Für den auscheidenden Redakteur Wod wurde Trefflich (Nürnberg) gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Reg (Stuttgart) mit 69 gegen 57 Stimmen gewählt. Am Schlusse der Tagung nahm Redakteur Wod, der 45 Jahre an der Spitze der Redaktion stand, mit bewegten Worten Abschied von seiner Lebensarbeit.

Provinz und Umgegend.

An unsere Berichterstatter.

Portorhöhung.

Mit dem 6. Mai tritt der neue Posttarif in Kraft. Nach ihm kostet dann eine Postkarte 30 Pfg., ein einfacher Brief bis zu 20 Gramm 40 Pfg. und ein Doppelbrief bis 250 Gramm 60 Pfg.

Wir bitten die Genossen, die Briefschaften genügend freizumachen, damit keine Verzögerung in der Berichterstattung eintritt.

Schafft Jugendheime!

Die Ausbreitung der Arbeiterjugendbewegung in Stadt und Land hat auch für uns die Jugendfürsorge wieder in den Vordergrund gerückt. Unsere Arbeiterjugendvereine haben vielerorts einen erbitterten Kampf mit den zuständigen Gemeindebehörden auszufechten, um einen Raum für ihre Veranstaltungen zu erhalten. Die herrschende Wohnungsnot steigert die Schwierigkeiten noch um vieles. Es besteht sogar die ernste Gefahr, daß bereits bestehende Jugendheime ihrer Bestimmung entzogen und als Wohnungen eingerichtet werden. Die Jugend wird gezwungen, wieder die Wirtschaftshäuser aufzusuchen, und damit würde ein gutes Teil der Jugendarbeit ernstlich gefährdet. Die ernste Gefahr, die durch diese Entwicklung der gesamten Jugendpflege erwacht, ist von den zuständigen Stellen erkannt worden. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat am 9. Oktober 1919 folgenden Erlass an die Regierungspräsidenten gerichtet:

Ich erlaube auf die Gemeinden dahin einzurwirken, daß sie von der Beschlagnahme benutzter Jugendheime zu Notwohnungen Abstand nehmen bzw. bereits erfolgte Beschlagnahme wieder aufheben. Im Staatsinteresse muß gerade in der jetzigen Zeit jedwede Vereinträchtigung der Jugendpflege unbedingt vermieden werden. Sind Gemeinden nach vorstehendem nicht zu verfahren gewillt, erlaube ich ergebenst um Bericht.

Trotz dieses Erlasses wurden in unserem Bezirk immer wieder Klagen laut, daß die Jugendorganisationen von den Gemeindeverwaltungen in keiner Beziehung entgegenkommen in der Jugendfürsorge finden. Wir haben uns deshalb beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten gewandt. Darauf erhielten wir folgendes Schreiben:

Der Regierungspräsident. Magdeburg, den 20. März 1920.

Bez. Beschlagnahme von Jugendheimen und Freigabe von Räumen zu Versammlungszwecken Jugendlicher.

Den Erlass des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Oktober 1919 — Nr. 4. 8483 — habe ich den Herren Landräten und den Magistraten der Städte übersandt und ihn auch in den amtlichen Mitteilungen des Bezirksausschusses für Jugendpflege Seite 77/19 abgedruckt.

Ich werde auch weiter im Sinne des Erlasses auf die Herren Landräte einwirken, verkenne aber nicht, daß der Schwerpunkt bei den Gemeinden liegt, bei denen die Vereine sich entsprechend bemühen müssen. Sollten Gemeinden nicht gewillt sein, im Sinne des Erlasses zu verfahren, so würde ich für Ueberweisung von Material dankbar sein.

Wir bitten alle Vereine, unter Wegnahme auf diesen Bescheid, die Beschaffung von Jugendheimen in die Hand zu nehmen. Vor allem ersuchen wir die sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten um tatkräftigste Unterstützung bei dem Bemühen, der Jugend geeignete Versammlungs- und Unterhaltungsstätten zu beschaffen. Sollten sich trotzdem noch irgendwelche Schwierigkeiten ergeben, so bitten wir um Mitteilung unter genauer Darlegung der Tatsachen und örtlichen Verhältnisse.

Der Bezirksvorstand der Arbeiterjugendvereine im Bezirk Magdeburg-Kreis.

Maisfeier in der Provinz.

Guteborn. Die Maisfeier des Sozialdemokratischen Volksvereins nahm einen würdigen Verlauf. Der Demonstrationsumzug wurde von der Arbeiterschaft geschlossen ausgeführt. Der Gesangverein verschönte die Feier. In der Festrede sprach Genosse Kelling über die Bedeutung des 1. Mai, Kinderbelustigung und Ball beschloß den bewährtesten Tag.

Osternieddingen. Die Maisfeier unserer Partei am Orte nahm einen äußerst harmonischen Verlauf. Nachmittags legte sich ein starker Föhnwind unter Vorantritt einer Musikkapelle vom Vereinslokal in Bewegung und durchzog in musterhafter Ordnung die Hauptstraßen des Ortes. Genosse Lehrer Goppo hielt eine in den Rahmen der Feier passende inhaltsreiche Ansprache, in der er besonders darauf hinwies, daß man sich nicht in uferlose rabuläre Forderungen verlieren dürfe. Den zahlreichen anwesenden Frauen gab er mit auf den Weg, an der Erziehung ihrer Kinder zu tüchtigen, aufrechten Menschen und überzeugten Sozialdemokraten ihr Teil Arbeit mitzulisten. Gesang und Tanz beschloß die wohlgelungene Festveranstaltung.

Westeregeln. Die Maisfeier wurde von den Parteien getrennt begangen, da die U. S. P. eine gemeinsame Feier abgelehnt hatte. Die Sozialdemokratische Partei beteiligte sich an dem Spaziergang mit den Egelner und Wledendorfer Genossen um das Egelner Holz. Am Nachmittag sprach in einer öffentlichen Versammlung unser Parteigenosse Koch (Magdeburg). Die Kommunisten, die ihre Versammlung auf 10 Uhr vormittags angesetzt hatten, mußten diese wegen des schwachen Besuchs auf den Nachmittag verschieben.

Mühlbendsleben. Unsere Partei leitete die Maisfeier um 7 Uhr morgens durch einen gemeinsamen Spaziergang ein, an dem 800 Personen teilnahmen. Der imposante Zug bewegte sich durch einen Teil des Dorfes nach dem Ausflugsort „Ziegelei“. Hier wurden die Teilnehmer durch Kongert und Gesangsvorträge des Arbeitergesangsvereins „Maienlust“ aufs beste unterhalten. Die Festrede hielt Genosse Schröder, der in seinen Ausführungen die Bedeutung des Tages, den Werdegang der jungen Republik sowie den bevorstehenden Wahlkampf behandelte. Der Widmarjch erfolgte durch den ganzen Ort. Kongert und Ball beschloß das durch herrliches Wetter begünstigte Fest der Arbeit.

Babelsleben. Am 2. Mai beging die Fikale ihre Fahnenweihe, verbunden mit der Maisfeier. Noch nie hatte unser Dorf so viel Menschen und so viel rote Fahnen gesehen. Aus allen umliegenden Gemeinden waren sie herbeigeeilt, so aus Eilsleben, Wölpe, Wefensleben, Barneberg, Limmendorf, Wormsdorf, Sommersdorf und Sommerföhrenburg; und noch eine Reihe anderer Vereine war zu diesem Fest erschienen. Genosse Alwin Schoof forderte mit begeisterten Worten zum Kampfe für den Sozialismus auf. Dann hielt Genosse Neßler die Festrede und ermahnte die Festteilnehmer, treu zur Fahne zu halten in dem gewaltigen Kampfe, der uns noch bevorsteht. Allen Gegnern des 1. Mai hielt der Referent entgegen, daß sie auch mit ihren Dajonneten nichts gegen die gemaltige geschlossene Masse der Arbeiter ausrichten können. Die Reichsparteien sollen arbeiten, wenn wir feiern, wir aber wollen arbeiten, wenn die Reaktionen Ruhe tun für all das Glend, was sie über das deutsche Volk gebracht haben. Ein Hoch auf die Sozialdemokratie erklang dann unter der Friedenssicher, wo früher nur Hochrufe auf den Kaiser ausgebracht zu werden pflegten. Ein gewaltiger Demonstrationsumzug beschloß die wichtige Kundgebung für den Sozialismus.

Wendorf. Bei herrlichem Maienwetter hatten sich beide sozialistische Parteien zu einer gemeinsamen Maisfeier zusammengefunden. Unter den Klängen einer Musikkapelle bewegte sich der wichtige Demonstrationsumzug durch die Straßen. Uebergehende Worte für die Einigkeit beider Parteigruppen fand Genosse Trautz (Magdeburg). Ein gemütliches Beisammensein der Fest-

Teilnehmer bei Theateraufführungen und Lang boendete die Maisfeier.

Wefensleben. Eine gemeinschaftliche Veranstaltung der Maisfeier hatten die Unabhängigen abgelehnt. Unsere Partei veranstaltete einen Spaziergang nach dem Wefensleben. Auch die Landarbeiter haben geschlossen den 1. Mai gefeiert. Nachmittags war ein Umzug durch das Dorf. Genosse Klee hielt eine Ansprache. Kinderbelustigungen und Ball beschloßen die wohlgeungene Feier.

Eilsleben. Die Einwohnergesellschaft feierte den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe. An dem Demonstrationsumzug beteiligten sich etwa 800 Personen. Die Festrede hielt Genosse Köber (Magdeburg). Abends fand eine Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen statt. Am Demonstrationsumzug haben auch die Unabhängigen teilgenommen.

Wilmshagen. Sehr imposant verlief hier die Feier am 1. Mai. Die Schulkinde beteiligten sich geschlossen an dem Umzug. Nach der Demonstration hielt Genosse Ludwig unter freiem Himmel einen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. Ein Vergnügen hielt die Genossen mit ihren Familien noch lange beisammen.

Wilmshagen. Eine große Volksmenge hatte sich auf dem Schützenplatz eingefunden, um den Maisfeierumzug durch den festlich geschmückten Ort mitzumachen. Auch die Schulkinde nahmen, geführt von einigen Genossen, an der Feier teil, ebenso die Jugendvereine. An der Friedensfeier hielt Genosse Mittelstädt die Festrede. Ansprachen des Genossen Köber von der U. S. P. und des Genossen Klee von der Jugendvereins folgten. Der Arbeitergesangsverein trug einige Lieder vor. Am Nachmittag versammelte sich die Jugend im Saale des Genossen Stabe zu Spiel und Tanz, während sich die Genossen abends in drei Sälen zu einem gemütlichen Beisammensein vereinigten. Trodem verschiedene Landwirte aus Wefensleben für den Festtag der Arbeiter die Parole zur Arbeit ausgegeben hatten, schlossen sich doch fast alle Landarbeiter der Feier an. Am Sonntag wurde ein Ausflug nach dem „Esm“ unternommen.

Nordmerkerleben. In einer würdigen Demonstration für den Sozialismus schickte sich die Feier des 1. Mai. Die Genossen aus Wefensleben und Groß-Nordmerkerleben hatten sich eingefunden, um die Feier am Sonntag mit unsern Genossen gemeinsam zu begehen. Unter dem Kriegedenkmal, wo sonst die Hochrufe auf den früheren Kaiser ausgebracht wurden, hielt Genosse Ludwig einen Vortrag über die Bedeutung des Weltfeiertags des Proletariats. Diese Feier bewies, daß auch die wertvolle Bevölkerung unsers Ortes gewillt ist, den Kampf mit der Reaktion aufzunehmen. Die Schulkinde, geschmückt mit Blumen, trugen zur Verschönerung des Festzugs bei.

Sommersdorf. Am 1. Mai veranstaltete der Sozialdemokratische Verein seine Fahnenweihe in Verbindung mit der Maisfeier. Eine ganze Reihe von Abordnungen aus den Nachbarorten war erschienen. Schon am Vormittag wurde ein Umzug abgehalten und an der Stelle, an der früher nur die Kriegerevereine ihre großen Feste feierten, wurde heute das Banner der Sozialdemokratie eingeweiht. Genosse Neßler hielt die Maisfestrede und ermunterte vor allem auch die Frauen und die Jugend, sich der Sache des Sozialismus zu widmen. Die eindrucksvolle Feier nahm einen überaus glücklichen Verlauf.

Ummendorf. Eine würdige Kundgebung für unsere Partei war die diesjährige Maisfeier. Die Arbeit ruhte vollständig. Am Vormittag wurde ein Demonstrationsumzug veranstaltet, an dem ungefähr 400 Personen, darunter auch viele Frauen, teilnahmen. In einer Versammlung unter freiem Himmel sprach am Nachmittage Genosse Köber (Magdeburg) über die Bedeutung des 1. Mai. Abends fand Ball statt, an dem sich die Einwohnergesellschaft zahlreich beteiligte.

Wölpe. Am 1. Mai versammelte sich die Arbeiterschaft geschlossen auf dem Platz vor der Kirche, um gemeinsam, ohne Unterscheid der Partei, die Maisfeier zu begehen. Nach einem gewaltigen Demonstrationsumzug durch das ganze Dorf wurde auf dem Festplatz Aufstellung genommen. Genosse Kelling schloß in seiner Festrede die Bedeutung des Tages und wies auf die Wahlen hin. Allen Gegnern der Maisfeier rief er zu, daß die Männer der Arbeit wohl wissen, daß wir die Arbeit nötig brauchen. Wir wollen auch arbeiten am Duztag und Himmelfahrtstag, aber am 1. Mai wollen wir den hohen Festtag der Arbeit feiern. Die Jugend, die sich sehr stark an der Feier beteiligte, führte einen schönen Reigen auf. Auch der Männer-Turnverein und der Sportklub verschönten das Fest durch ihre Mitwirkung.

Wefensleben. Auch in unserm Orte gestaltete sich die Maisfeier zu einer würdigen Kundgebung. Unter lauchendem blauen Himmel fand der Umzug durch das Dorf statt. Die Festansprache hielt Genosse Trautz (Magdeburg). Am Abend fanden sich sämtliche Genossen zu einem gemütlichen Beisammensein zusammen.

Wolmirstedt. Die Maisfeier wurde am Abend vorher durch einen Zapfenstreich eröffnet. Am frühen Morgen wurden die Einwohner durch die Musik des Mandolienklubs geweckt. Auf dem Kirchplatz versammelte sich alt und jung, um an dem Demonstrationsumzug teilzunehmen. Ein imposanter Zug, von zwei Musikkapellen und dem Mandolienklub begleitet, bewegte sich durch die Straßen der Stadt. Die Genossen und Genossinnen von Wölpe waren vollständig erschienen. Im „Rüchhorn“ führte Genosse Claus den Massen die Bedeutung des 1. Mai in einer Ansprache vor Augen. Nachmittags fanden in „Stadt Prag“ und im „Rüchhorn“ Kongert und Gesangsvorträge des Arbeitergesangsvereins statt. Tanz beschloß die wohlgeungene Feier. Den Gegnern des 1. Mai hat die wertvolle Bevölkerung gezeigt, daß sie sich dieses Fest der Arbeit nicht nehmen lassen. Sorgen wir dafür, daß am 6. Juni ein Reichstag gewählt wird, der es für notwendig hält, diesen höchsten Festtag der Arbeiter auch als einen gesetzlichen Feiertag anzuerkennen.

Loburg. Auch unsere Stadt sah am 1. Mai eine würdige Feier der organisierten Arbeiterschaft. Es war ein Volksfest, wie es Loburg noch nie gesehen hat. Die Festrede hielt Genosse Trautz. Leider gibt es aber noch immer Arbeiter, die wohl sozialistisch denken, es aber auch jetzt noch nicht wagen, offen Farbe zu bekennen.

Barby. Die beiden sozialistischen Parteien und das Gewerkschaftsamt begingen die Maisfeier gemeinschaftlich. Der Umzug wies eine große Beteiligung auf. Zahlreiche Fahnen wurden mitgeführt. Vom Saale des Kriegedenkmals hielt Genosse Köber eine Ansprache, in der auf die Errungenschaften der Revolution und auf die Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat hingewiesen wurde. Am Sonntag morgen fand noch ein Ausflug nach Zochheim statt.

Wolmirstedt. Am die politische Einigkeit der sozialistischen Parteien zu fördern, wurde die Maisfeier in unserm Orte von den freien Gewerkschaften veranstaltet, für die der Tag eine besondere Bedeutung dadurch gewann, daß die Gewerkschaften ihr Banner weihen konnten. Der eigentlichen Feier ging ein Kinderfest voraus. Genosse Wölpe hielt die Festrede, in der er einen kurzen Ueberblick über Geschichte und Ziele des gewerkschaftlichen Zusammenstehens gab. Seine Worte klangen aus der Mahnung: „Seid einig!“ Genosse Kelling (Egelner) sprach ebenfalls für die Einigkeit der Arbeiterschaft. Gedichte und Lieder umrahmten die Reden. Dann bewegte sich der städtische Festzug durch die grünlandgeschmückten Straßen der Stadt. Am Abend vereinte Tanz die Maisfeiernden.

Stauffurt. Eine gemeinsame Maisfeier beider Städte war vom Gewerkschaftsamt für Stauffurt, Leopoldshall und Umgegend ins Werk gesetzt worden: Wundervolles Wetter, das zum Mittun noch mehr ludte als das große „Weden“, begünstigte die Kundgebung der Arbeiterschaft am Weltfeiertag. Der Aufmarsch auf dem Königplatz: Zug auf Zug zieht heran, teilweise mit schmetternder Musik. Der weite Platz füllt sich. Programmgemäß ist alles um 10 Uhr wohlgeordnet zum Abmarsch bereit.

Die vereinigten Arbeiterjungen legen einige Lieber, dann setzt sich der gewaltige von fünf Musikforps begleitete Zug von mehr als 6000 Mann in Bewegung. Wie am 18. März ist die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen und zeigt der Reaktion beim Klange betterer Weisen ihre Unzufriedenheit und ihre Macht, die unter Umständen so fürchtbar werden kann, wenn die Reaktion den Anlauf dazu gibt. Der Umzug durch beide Städte währt fast zwei Stunden. Auf dem Ringeplatz bestiegt dann programmgemäß Parke von der U. S. B. die Nebentribüne und hält eine kurze Ansprache mit dem Inhalt: „Seid einig! Nicht programmgemäß bedarf darauf auch Wallstaben von der U. S. B. und ermahnt die Arbeiterschaft ebenfalls zur Einigkeit, aber — unter der Fahne des Kommunismus. Es ist bedauerlich, daß die Kommunisten auch bei dieser Gelegenheit wieder einen Mißklang in die geschlossene Stimmung der wertvollsten Bevölkerung tragen mußten. Ganz wider die Vereinbarungen führten sie auch eine Anzahl Schilder im Zuge mit kommunistischen Aufschriften wie: „Hoch die dritte Internationale!“, „Hoch die Weltrevolution!“ usw. Den Vogel schossen sie aber dadurch ab, daß sie ihre Jugend an die Spitze des Zuges setzten, mit einem Schilde, das die Aufschrift trug: „Nieder mit dem Parlamentarismus! Hoch die Rätediktatur!“ Das sagen die Kommunisten in demselben Augenblick, in dem sie sich zum Parlamentarismus bekennen und wenigstens vorläufig auf die Rätediktatur verzichtet haben! Sie können es nicht lassen, die Vereinbarungen nicht zu halten und auch bei der unpassendsten Gelegenheiten ihr Parteijüppchen zu zeigen. Am Abend war Ball in fünf Sälen, aber auch hierbei bieten die Kommunisten ihre Ergravnur, indem sie in einem sechsten Saal einen Unterhaltungsabend veranstalteten, der indes nicht besonders gewürdigt wurde.

Kreis Wanzleben.

Wanzleben, 8. Mai. (Beschlüsse der Gemeindevorstellung.) Wegen der gänzlich fehlenden katholischen Kinder nach Wanzleben soll Einspruch erhoben und die Kosten abgelehnt werden. Die Vertretungskosten für die erkrankten Lehrerinnen werden auf den Etat der politischen Gemeinde übernommen. Die Einrichtung der Armenpraxis wird aufgehoben. Die Ortsämter sind hinfort nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung zu konstatieren. Für Gespannungsbekämpfung bei Verordnungen werden fortan folgende Gebühren erhoben: in Klasse 1: 50 Mark, in Klasse 2: 10 Mark einschließlich Lehrgeld für die Traversenarbeiten. Bei Nichtbenutzung der Gemeindeperde gelten vorbestehende Sätze für Entleerung des Leichenwagens. Die Kosten, die durch Vorarbeiten für Nährbaumung der Erbschäfte unres Gemeindegeldes entstehen, werden befristet. Hinsichtlich der Linienführung des Mittelrandkanals tritt die Gemeinde für Ausführung der Südbahn ein. Die Scheune auf dem Gemeindegelände soll nicht ausgebaut werden. Dagegen wurde die Errichtung eines dreistöckigen Wohnhauses an der Straßenseite erwogen. Die Vorarbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen. Wegen der von den Grundbesitzern festgelegten Kartoffelzinsabgabe von 400 Mark für den Morgen fand eine lebhafte Aussprache statt. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Für die Vermehrung der über 50 Morgen großen Ackerfläche soll zunächst einmal festgelegt werden, ob die Flächen, soweit sie die katasteramtlichen Größen überschreiten, der Gemeinde als Eigentum oder für die Verpachtung zuzuführen.

Wilmersdorf, 4. Mai. (Gemeindevorstellung.) Als Schulvorstandesmitglied wurde einstimmig Landwirt Schiller gewählt. Die Versicherungssumme der Gemeindegeräte wurde bedeutend erhöht. Die Verpachtung des Gemeindegeländes am Osterberg wurde genehmigt. Der Errichtung eines Kriegerdenkmals für die gefallenen Krieger wurde zugestimmt und die Gestaltung und die Kostenaufbringung der Gemeindevorstellung unter Hinzuziehung aller Vereinsvorstände zur weiteren Beratung überlassen.

Kreis Quedlinburg-Niederleben-Kalbe.

Stahlfurt, 4. Mai. (Zur Reichstagswahl.) Bei allen Wahlen ist das Einsehen der Wählerliste immer als eine

unannehme Zugabe empfunden worden. Das wird bei der bevorstehenden Reichstagswahl vermieden werden, indem die in anderen Städten als praktische Einrichtung getroffenen wird, daß jedem Wähler und jeder Wählerin ein kleiner Zettel ausgestellt wird, auf dem außer dem Namen und der Wohnung auch das Wahllokal und vor allen Dingen die Nummer, die der betreffende Wähler in der Liste hat, angegeben sind. Dieser Zettel ist bei der Wahl vorzulegen. Dadurch wird das eigentliche Wahlverfahren beschleunigt, indem durch die Nummer das Auffinden des Wählers in der Liste schneller vonstatten geht. Die Hauptsache aber ist, daß jeder, der diesen Zettel erhält, damit auch zugleich die Gewißheit empfängt, daß er in der Wählerliste eingetragen ist und sich somit für ihn das Einsehen der Liste erbringt. Damit haben auch diejenigen, die den Zettel nicht erhalten, die Gewißheit, daß sie in der Liste nicht eingetragen sind und sie müssen daher ihre nachträgliche Aufnahme in die Liste beantragen. Das muß in der vorgeschriebenen Zeit geschehen, nämlich in der Zeit, in der die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgesetzt sind. Diese Auslegung erfolgt bereits in den nächsten Tagen und dauert acht Tage.

Kleine Chronik.

Ein Kind von Ententenschauenten erschossen. Am Sonnabend fuhr ein französisches Auto, geführt von einem französischen Chauffeur, auf der Landstraße nach Wartenburg in Ostpreußen. In dem Auto befanden sich noch zwei in japanischen Diensten stehende Zivilchauffeure auswendig auf dem Wege nach Wilschburg. Kurz hinter Weimstein fuhr das Auto gegen einen Baum und wurde in den Graben geschleudert. Einer der Insassen wurde einige Meter weit aus dem Wagen geschleudert. Es sammelten sich Kinder um das Auto. Der herausgeschleuderte Zivilist, der sich in erheblicher Aufregung befand, gab einen Schreckschuß aus einer Pistole ab. Hierdurch wurde ein 13jähriger Knabe so unglücklich getroffen, daß er in der Nacht zum Sonntag starb. Der Chauffeur und beide Insassen wurden von der internationalen Kommission in Haft genommen. Die Kommission drückte den Eltern ihr Bedauern über das Vorkommnis aus und leitete eine Untersuchung ein, um die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen.

Schweres Grubenunglück in Zwickau. Auf dem Wilhelmshacht 2 in Zwickau brach infolge explodierender Gase ein Berg in einem Flöz aus, der über zwei Tage wütete. Der 300 Mann starken Belegschaft gelang es bis auf neun Mann, rechtzeitig auszuweichen. Diese neun Mann sind vermutlich erst i. a. t. Leider war es bisher nicht möglich, Verbindung mit ihnen herzustellen.

Die Briefmarken im Hühnerst. Auf einem Postamt in Berlin waren vor etwa acht Tagen für 162 000 Mark Briefmarken der neuen Werte zu 1,25 und 1,50 Mark gestohlen worden. Kürzlich waren einer Briefmarkenhandlung die Marken von einem Manne zum Kauf angeboten worden. Es wurde festgestellt, daß der Mann, der sie dem Händler anbot, mit mehreren Postbeamten des Amtes, auf dem der Diebstahl verübt worden ist, bekannt war. Bei diesen wurde nun eine Durchsuchung vorgenommen. Den größten Teil der Wertgegenstände fanden die Beamten in Petershagen, wo einer der Postbeamten ein Grundstück besitzt. Der Markenschatz wurde dort unter dem Rest einer Luke entdeckt, die auf 14 Eiern lag und nur schwer von diesen und den im Neste verborgenen Briefmarken zu trennen war. Der Gehir und drei Postbeamte wurden festgenommen.

Zwei Kleinstadtwerte Gemeinden. Die ungeheuren Einnahmen durch Holzverkäufe haben die Gemeinde Kesselof, heim (Bayern) dazu veranlaßt, den Steuerzahlern Brennholz umsonst zu liefern, keine Steuern zu erheben und jedem Gemeindeglied einen Zuschuß von 400 Mark im Jahr zu gewähren. Dasselbe beschloß die Gemeinde Weismark. Diese gibt den Gemeindegliedern einen Zuschuß von 8000 Mark.

Vereine und Versammlungen.

Bücher und Konfektoren. In der am Sonnabend den 25. April stattgefundenen Quartalsversammlung erstattete der Verbandskollege Wille den Geschäftsbericht. Eine Mitgliederzunahme war trotz der äußerst ungünstigen Situation im Bäckereiwesen und besonders der Süßwarenindustrie zu verzeichnen. Lohnbewegungen fanden in beiden Branchen statt, die vollen Erfolg hatten. In recht vielen Beispielen führte Wille an, wie verschiedene Arbeitgeber noch immer wieder die Tarifverträge zu umgehen suchten. Das Gebahren der Firma Max Schulze, Nährmittelfabrik, wurde einer besonderen Kritik unterzogen. Wille streifte auch die politischen Ereignisse im März, ging auf die Betriebsräteverhältnisse ein und schilderte die Tätigkeit der Organisationsleitung in den Arbeitsgemeinschaften und Fachauschüssen. Die Verhandlungen mit den maßgebenden Organisationen über die Errichtung des Industrieverbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter haben erfreulicherweise Fortschritte zu verzeichnen, so daß zu erwarten ist, daß dieser Industrieverband baldigt ins Leben gerufen wird.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Schild. Im Sinau waren 20 754,25 Mark und an Ausgabe 17 649,90 Mark zu verzeichnen, so daß ein Kassenbestand von 3105,35 Mark am Schluß des Quartals vorhanden war. Die Revisoren berichteten, daß Bücher und Belege in Ordnung befunden sind, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Kollege Wille berichtet sodann über den Stand der jetzigen Lohnbewegungen, ferner wurde Stellung zu den Anträgen zum Verbandstag genommen. Beide Berichte lösten eine längere Diskussion aus, im allgemeinen erklärte sich die Versammlung mit der Tätigkeit der Organisationsleitung und der Stellung der Delegierten einverstanden.

Vereins-Kalender.

Runkelverein. Sonderausstellung Kriegsstudien Brandenburger Straße, täglich von 10 bis 2 Uhr.
Reichsbund der Kriegesbeschädigten. Bezirksversammlung für Mittelstadt am Freitag den 7. Mai, abends 7 Uhr, im „Aktivhaus“.
Arbeiter-Turn- und Sportklub, 2. Bezirk. Donnerstag den 6. Mai, abends 7 Uhr, Schlagball-Spiel auf dem Spielplatz Hühnerst. (1870)
Arbeiter-Sängerkorps Wanzleben. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr, 1870
Kunde in Portes Bierhallen, Eingang Margaretenstraße. (1740)

Wohnort-Neuhabensleben.

Wahlfonds-Ausweisung. Mammendorf Liste 79 29,00, Heinrichsberg Liste 88 58,50, Genosse Ulrich 5,00, Marienborn Veranlagungseinnahme 15,00, Morleben Veranlagungseinnahme 40,00, Duxberg Veranlagungseinnahme 37,00, Rehbert Genosse Wäge 2,15, Hohenmarthen Liste 80 75,75, Marsleben Liste 61 85,50, Guttenberg Liste 87 257,50, Gerleben Liste 62 74,00, Erleben durch Genossen 30,00, insgesamt 644,90 Mark. Wilhelm Ludwig,

Wasserstände.		Wasserstände.	
Ort	Stand	Ort	Stand
Pardubitz	3. 5.	Wittenberg	3. 5.
Brandenburg	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Meinitz	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Leimnitz	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Außitz	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Dresden	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Corsgau	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Wittenberg	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Rohrau	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Alten	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Barbo	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Wagberg	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Zangermünde	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Wittenberge	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Yenzen	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Dömitz	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Darschan	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Volzow	3. 5.	Brandenburg	3. 5.
Schwendorf	3. 5.	Brandenburg	3. 5.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 5. Mai: Stetlich heiter, trocken, tagsüber mild.

Preussische Klassenlotterie
Zur Hauptziehung, 5. Klasse, 15. (241.) Lotterie, vom 7. Mai bis 3. Juni sind Lose abzugeben:
in 1/4 1/2 1/3 1/6 Abschnitten
zu 105,00 52,50 26,25 Mark
Lotterie-Einnahme Max Helmecke, Magdeb., Kaiserstraße 57a, Telefon 748. 1154

Rechtsbureau Referendar a. D.
Lobegott, Dr. Münzler, 5, Fernsprecher 6665. Beratung des Rechtsverkehrs, die unglückliche Ehe, Auskunft und alle schriftlichen Arbeiten.
in Ehesachen
und allen anderen Rechtsfällen, besonders auch in Steuerfällen. — Sprech. 10-1, 3-6, Sonntags 10-1 Uhr.

Keine Wanze mehr.
Kammerjäger Bergs Radikalmittel
„Nicodan“ Erfolg verblüffend. — Restlose Verilgung. Kinderleicht anzuwenden, allwährt. — Doppelpack Mk. 4.— Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Verkauft bei: Drogerie, K. K. K., Gr. Münzstraße in Burg Hirschdörferle, Ferd. Schröder, H 44. Bitte ausdrücklich nur „Nicodan“ zu verlangen.

Raucher dank!
ges. gesch. ermöglicht in einigen Tagen das Rachen ganz oder teilweise zu unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüffend. Vollständig anschaulich. Tägl. Anerkennung, Ausk. umsonst.
Institut Englbrecht, München R 10, Kapuzinerstr. 9.

Gänseküken
täglich bei 1136
E. Hirske, Langenweddingen, dicht am Bahnhof — Tel. 480. Mittwoch u. Sonnabends Restaurant zur Bärs, Rübischhofstraße.

Gänseküken
täglich zu haben bei Frau Nowak, Magdeburg, Kleine Klosterstraße 7. (1361)
Bin mit einem gr. Transport gr. u. H. Futterrohweine eingetroffen, stelle dieselben billig zum Verkauf. 1409
Arndt, Sudenburg, Köhlerstraße 7.
Gasthof Brauner Hirsche.
La. Ferkel u. Futterrohweine stehen z. Verkauf W. Lattorf, Magdeburg, Wetzschbüden.
Schult u. andre feste Abfälle können abgeladen werden. Verladung pro Zuhre 200 Mark. Piesler & Co., 1401, Königsborner Straße 9b.
Futterrohweine
große und kleine, zu verkaufen bei Frau Nowak, Magdeburg, Kleine Klosterstraße 7. 1113

Umzüge
Zu haben aller Art Gepäcksverpackung, ein- u. zweifach, übernehm. sofort. Blauo Radler, Schönfelderstr. 8. Telefon 5250 und 2475.

Zwiebad
vortreffliches Kaffee- und Teegebäck, mit hohem Fett- und Zuckergehalt — handelsreife Ware — liefert direkt an Private das Pfd. 8,00 Mk. in Postkästen zu 8 Pfd. Inhalt gegen Nachnahme Zwiebad-Gabrit Max Preon, Sekundt i. Br. 1010

Motten-
Vertilgungsmittel
Hol - Apotheke, Breiteweg 158.

Reichhalt. kräft. Mittags-
und Abendessen à 1,50 Mk. Café u. Logierhaus „Alte Rose“, Schwertfegerstr. 22. 666

Natur-
Seilantkalt
für alle Krankheiten
Niemann, Magnetopath, Rottfstraße 16 (am Br. Weg).

Flechtenleiden
Dauerbestimmung. Reichspatent. Prospekt gratis. 9290. Sanitas-Dapot Halle a. d. S. 12.

Grammophon, gut erhalten.
50 Grammplatten im Album, 1 Tisch, 150x80 cm, 2 Schallplatten preiswert zu verkaufen. 1393. Bormann, Knochenh.-Bier 5. S. 11.

Willa Rosenhagen
Magdeburg, den 5. Mai
Annastr. 14 Annastr. 6.

Ankerlin
der gute Schuhkrem
ist in Friedensqualität wieder überall zu haben. H 286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: A. Seidel, Magdeburg, Königgrätzer Straße Nr. 4.

In Fernerleben oder Galbe
ist vor einigen Tagen mein 1402
Schäferhund entlaufen.
Dem Wiederbringer und demjenigen, der mir über den Aufenthalt des Hundes Angaben zur Wiederherbeziehung machen kann, hohe Belohnung.
Carl Henricy, Magb.-Fernerleben, Adolfsstraße 7. — Telefon 5678.

Als perfekte Maßnählerin Geld!
Solche Personen, die sich für die einfache und elegante Anfertigung von Damenkleidern interessieren, bitten wir, sich bei Frau E. Seinemann, I. Job. Höhe d. Karl-Kenners, Stadtweide 61b, I. Eing. 127a, Or.-Ottensl., Friedrichs-

Bekanntmachung.
2500 (zweitausendfünfhundert Mark) Belohnung sichern wir demjenigen, der uns den in der Nacht vom 28. zum 29. April aus unfreier Willie entwendeten doppelstöckigen 16,2 Meter langen und 240 Zentimeter breiten Treibriemen wieder herbeischafft oder die Diebe ermittelt.
Fürdersteht, den 26. April 1920.
Förderstedter Kalk- u. Zementfabrikwerke
Schent & Vogel, G. m. b. H.

1500 Mark Belohnung
demjenigen, der mir die aus meinem Bureau Freitag den 29. in der Zeit vom 1. Mai abends bis 3. Mai morgens gestohlenen Schreibmaschinen
Ghmit Premier 71853, Mignon 105984
wieder verschafft. Strengste Verschwiegenheit zugesichert. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen an die Kriminalpolizei, Zimmer 11, oder an mich.
Aly, Justizrat.

Magdeburg-Altstadt:
Phänix-Apotheke, Kaiserstraße 88.
Stern-Apotheke, Tannenstraße 4.
Drogere Alfred Dowlat, Hassenbachplatz.
Hof-Apotheke, Breiteweg 158.
Nordfront-Apotheke, Pflanzstraße 16.
Viktoria-Apotheke, Kaiserstraße 94b.
Engel-Apotheke, Jakobstraße 18.
Flora-Apotheke, Lüneburger Straße 1.
Johannis-Apotheke, Johannisberg 1.
Hirsch-Apotheke, Breiteweg 121.
Kühnlein-Drogerei, Lüneburger Straße 8.
Museum-Drogerei, Kaiserstraße 98.
A. Bothke Nachf., Breiteweg 258.

Magdeburg-Neustadt:
Kaiser-Apotheke, Agnetenstraße 16.
Drogere K. Fiedler, Pflanzstraße 2.

Magdeburg-Neustadt:
Neustädter Löwen-Apotheke, Lüneburger Straße 116.
Storch-Apotheke, Brüderstraße 8.
Germania-Drogerei, Schmidstraße 15.

Magdeburg-Sudenburg:
Rosan-Apotheke, Constanze 8.
Schwan-Apotheke, Schönbecker Straße 26.
Drogere Adolf Haenzer Nachf., Schönbecker Str. 108.

Magdeburg-Wilhelmstadt:
Hohenzollern-Apotheke u. Drogerei, Haberstraße 123.
Adolf-Friedrich-Apotheke, Leipziger Straße 60.

Magdeburg-Wilhelmstadt:
Kronen-Apotheke, Olenstedter Straße 10.
Adler-Apotheke, Große Diederstraße 217.
Reform-Drogerei, Große Diederstraße 245.

Magdeburg-Friedrichstadt:
Anker-Apotheke, Brückstraße 1.

DENTINO
Mutter hält ihren zahnärztlichen Kindern, gibt Dentino.
Lindert die Schmerzen, verhindert Krämpfe, Fieberanfalle usw.
Schöbel-Werke, Dresden 16.
Generalvertreter: Erich Hesse & Co., Magdeburg.
Zu haben in nachstehenden Apotheken und Drogenläden:
Magdeburg-Altstadt:
Phänix-Apotheke, Kaiserstraße 88.
Stern-Apotheke, Tannenstraße 4.
Drogere Alfred Dowlat, Hassenbachplatz.
Hof-Apotheke, Breiteweg 158.
Nordfront-Apotheke, Pflanzstraße 16.
Viktoria-Apotheke, Kaiserstraße 94b.
Engel-Apotheke, Jakobstraße 18.
Flora-Apotheke, Lüneburger Straße 1.
Johannis-Apotheke, Johannisberg 1.
Hirsch-Apotheke, Breiteweg 121.
Kühnlein-Drogerei, Lüneburger Straße 8.
Museum-Drogerei, Kaiserstraße 98.
A. Bothke Nachf., Breiteweg 258.